

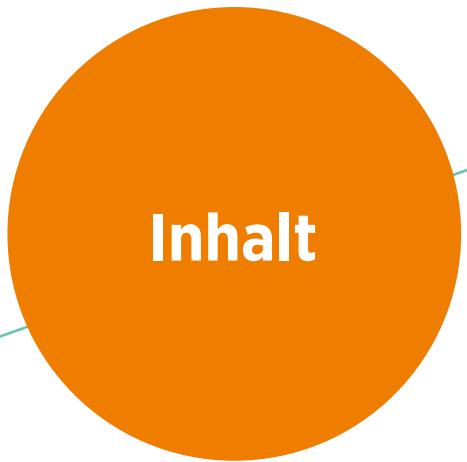
SICHERHEIT & VERTEIDIGUNG

in Deutschland 2026

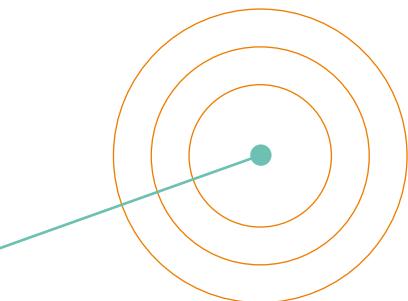
Finanzielle
Möglichkeiten

Wirtschaftliche
Souveränität

Gesellschaft-
licher Blick



Inhalt



Kapitel

04	Executive Summary
05	Einleitung
06	Sicherheit & Verteidigung im Jahr 2026 – Dimensionen, Stakeholder & künftige Anforderungen
16	Wirtschaftliche Basis – wesentliche Unternehmen, Entwicklung der Start-ups & Souveränitätspotenzial
28	Staatliche Finanzierung – neue Spielräume und Ziele
30	Gesellschaftlicher Blick auf Sicherheit & Verteidigung – Sorgen, Einschätzungen & Erwartungen
38	Investitionen in Sicherheit & Verteidigung – kein Wachstumsboost, aber ökonomisch relevant
42	Handlungsoptionen – gute Ansätze, dennoch besteht Verbesserungsbedarf
45	Fazit
46	Impressum

Deutschland in der sicherheitspolitischen Zeitenwende – erste Schritte sind gemacht, weitere müssen folgen

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 markierte eine sicherheitspolitische Zeitenwende für Deutschland und Europa. Seitdem stehen Fragen der Sicherheit & Verteidigung wieder im Zentrum politischer Entscheidungen. Die zunehmende Bedrohungslage und die fehlende Verlässlichkeit der früheren Schutzmacht USA machen es zwingend erforderlich, dass Deutschland und Europa ihre Verteidigungsfähigkeit eigenständig und nachhaltig ausbauen.

Dabei geht es um mehr als nur militärische Verteidigung. Neben klassischen Fähigkeiten zu Land, in der Luft und auf See umfasst sie den Cyber- und Informationsraum, den Schutz kritischer Infrastrukturen, einen leistungsfähigen Zivilschutz sowie die Sicherung industrieller Kapazitäten und belastbarer Lieferketten.

Aktuell bestehen gegenüber den USA noch qualitative Lücken, insbesondere mit Blick auf die militärische Verteidigung. Um organisatorische und logistische Defizite auszugleichen, müsste Europa seine Streitkräfte erheblich ausbauen und stärker integrieren. Die Bundesregierung reagiert mit einer Erhöhung der Truppenstärke, dem Ausbau des Waffenarsenals und der Entwicklung einer nationalen Weltraumsicherheitsstrategie – ein Bereich, der für Kommunikation, Navigation und Notfallversorgung unverzichtbar ist. Gleichzeitig verändern Drohnen und elektronische Kriegsführung das Schlachtfeld grundlegend.

Politische Weichenstellungen schaffen Rückenwind für die deutsche Rüstungsindustrie

Die deutsche Rüstungsindustrie profitiert von der Zeitenwende: Steigende Budgets, neue Aufträge und eine wachsende Gründungstätigkeit im DefenseTech-Sektor eröffnen Chancen für Innovation und Wachstum. Dennoch bleibt die technologische Führungsrolle der USA ungebrochen, insbesondere bei Schlüsseltechnologien. Fast jedes zweite der weltweit umsatzstärksten Rüstungsunternehmen stammt aus den USA, während europäische NATO-Staaten zusammen auf knapp ein Drittel kommen. Bei DefenseTech-Start-ups ist die Dominanz der USA noch ausgeprägter. Deutschland belegt zwar einen starken zweiten Platz bei Risikokapitalinvestitionen. Da aber weiterhin Abhängigkeiten bestehen, kann von technologischer Souveränität noch nicht gesprochen werden.

Als Teil der Zeitenwende hat die Bundesregierung die Ausgaben für Sicherheit & Verteidigung zuletzt erhöht, gleichzeitig will sie die finanzielle Basis mittelfristig weiter stärken. Dies wird von der Bevölkerung goutiert, wie Umfragen zeigen. Gesellschaftlich zeigt sich ein gestiegenes Sicherheitsbedürfnis. Infolgedessen befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung sogar eine Wiedereinführung des Wehrdienstes.



Kein Wachstumsboost, aber ökonomisch relevant

Die geplanten staatlichen Investitionen von über 100 Milliarden Euro jährlich haben auch eine ökonomische Dimension: Sie stärken die Industrie, schaffen Arbeitsplätze und fördern den technologischen Fortschritt. Ein Wachstumsboost wird jedoch nicht ausgelöst. In regionalökonomischer Hinsicht profitieren insbesondere die westdeutschen Regionen.

Die Zeitenwende ist noch nicht abgeschlossen

Die Zeitenwende ist eingeleitet, doch ihre weitere Umsetzung erfordert konsequentes Handeln: schnellere Beschaffungsprozesse, gezielte Investitionen in Hochtechnologie, die Stärkung der industriellen Kapazitäten und eine klare strategische Ausrichtung. Neben der reinen Höhe der Mittel kommt es auf die effiziente Verwendung an. Die Bundesregierung hat erste Schritte zur Beschleunigung der Vergabe eingeleitet, muss diese aber weiter intensivieren. Zudem gilt es, die Abhängigkeit von nicht europäischen Anbietern zu reduzieren, bürokratische Hürden abzubauen und Exportmöglichkeiten zu fördern. Nur so kann Deutschland seine Souveränität sichern, die Verteidigungsfähigkeit ausbauen und den Anforderungen einer zunehmend unsicheren Welt gerecht werden.

Einleitung

Am frühen Morgen des 24. Februar 2022 begann Russland seinen Angriff auf die Ukraine. Damit begann auch eine Zeitenwende im Bereich Sicherheit & Verteidigung.

In den Jahren seit dem Ende des kalten Krieges stand der Themenkomplex kaum im Fokus der öffentlichen und wirtschaftspolitischen Betrachtung. Sirenen- und andere Warnsysteme sowie Bunker wurden abgebaut. Auch die Wehrpflicht wurde zum 1. Juli 2011 ausgesetzt, die Bundeswehr wandelte sich von einer Armee zur Landes- und Bündnisverteidigung hin zu einer Einsatzarmee. Bis zum Februar 2022 war ein Krieg an den EU-Außengrenzen nicht vorstellbar, die NATO wurde nicht infrage gestellt, und Deutschland partizipierte noch von einer Friedensdividende, gesichert durch die USA.

Mit der Zeitenwende stehen Fragen der Sicherheit & Verteidigung nun wieder ganz oben auf der politischen Agenda Deutschlands. Wahrscheinlich werden sie dauerhaft relevant sein. Die zentrale Aufgabe wird nun darin liegen, Deutschland für die neuen Anforderungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich zukunftsfähig aufzustellen. Die Zeitenwende muss also mit Leben gefüllt werden.

Ob dies bereits der Fall ist, wird im Rahmen dieser Studie untersucht, wobei der Fokus auf der wirtschaftlichen Dimension liegt. Es geht also um die Frage, inwieweit Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht in der Lage ist, beim Thema Sicherheit & Verteidigung zukunftsfähig aufgestellt zu sein. Beleuchtet wird dabei auch der Aspekt der Souveränität.

Zu Beginn der Studie wird das Themenfeld Sicherheit & Verteidigung skizziert und aufgezeigt, dass mehr als nur militärische Verteidigung erforderlich ist. Dazu gehört ebenfalls eine Betrachtung der relevanten Anforderungen.

Anschließend erfolgt eine Analyse der wirtschaftlichen Dimension von Sicherheit & Verteidigung. Dies umfasst die Landschaft der Anbieter relevanter Produkte und Services sowie insbesondere die entsprechende Start-up-Szene. Sicherheit und Verteidigung als hoheitliche Aufgabe wird in erster Linie durch den Staat finanziert. Hierzu wird skizziert, welche Finanzmittel dafür in Deutschland zur Verfügung stehen. Zur wirtschaftlichen Dimension gehört darüber hinaus die ökonomische Bedeutung der Sicherheits- und Verteidigungsausgaben. Zwar ist gesamt-wirtschaftliches Wachstum nicht das prioritäre Ziel, aber möglicherweise ist mit den Ausgaben und Investitionen ja dennoch ein Wachstumsboost verbunden.

Darüber hinaus ist Sicherheit & Verteidigung immer auch ein gesellschaftliches Thema. Nicht zuletzt deswegen, weil die Bevölkerung einen Teil davon mitträgt: über die personelle Basis der Bundeswehr, der Sicherheitsbehörden sowie ehrenamtlich im Zivilschutz. Mittels einer repräsentativen Umfrage unter 2.000 Personen, die im November 2025 online durchgeführt wurde, wird untersucht, wie die Bevölkerung auf die neuen Herausforderungen und mögliche Maßnahmen blickt.

Zum Abschluss werden noch Punkte skizziert, die als Teil der Zeitenwende überdies erforderlich sind, um Deutschland im Bereich Sicherheit & Verteidigung zukunftsfähig aufzustellen.



Kapitel 1

Sicherheit & Verteidigung im Jahr 2026 – Dimensionen, Stakeholder & künftige Anforderungen

Verteidigung im 21. Jahrhundert: Sicherheit wird zur 360-Grad-Aufgabe

Europa steht vor einer sicherheitspolitischen Zeitenwende

Die Warnungen europäischer Nachrichtendienste sind eindeutig: Russland könnte bis 2029 die Fähigkeit besitzen, einen konventionellen Großangriff auf NATO-Staaten zu starten.

Gleichzeitig nimmt die Verlässlichkeit der USA als traditionelle Schutzmacht ab. Europäische Staaten müssen daher ihre militärische Eigenständigkeit massiv ausbauen. Laut einer Analyse von McKinsey könnten die Investitionen bis 2028 europaweit auf 700 bis 800 Milliarden Euro steigen – mehr als doppelt so viel wie die 326 Milliarden Euro im Jahr 2024. Deutschland nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein: Mit dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und der Lockerung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben schafft die Bundesregierung zentrale Voraussetzungen für die Modernisierung der Bundeswehr.

Verteidigung ist dabei heute mehr als militärische Abschreckung ([siehe Abbildung 1](#)). Neben den klassischen Fähigkeiten zu Land, in der Luft und auf See umfasst sie den Cyber- und Informationsraum, den Schutz kritischer Infrastrukturen, einen leistungsfähigen Zivilschutz sowie die Sicherung industrieller Kapazitäten und belastbarer Lieferketten. Die NATO hat diesen Paradigmenwechsel bereits 2022 verankert: Neben Cyber- und Weltraumoperationen werden hybride Bedrohungen und gesellschaftliche Resilienz berücksichtigt. Beispiele für hybride Bedrohungen sind Sabotageakte an Unterseekabeln, GPS-Störungen im Luftverkehr, gezielte Desinformationskampagnen sowie Cyberangriffe auf Energie- und Kommunikationsnetze. Sicherheitspolitik ist damit gesamtstaatlich, multidimensional und eng mit wirtschaftlichen und technologischen Faktoren verflochten.

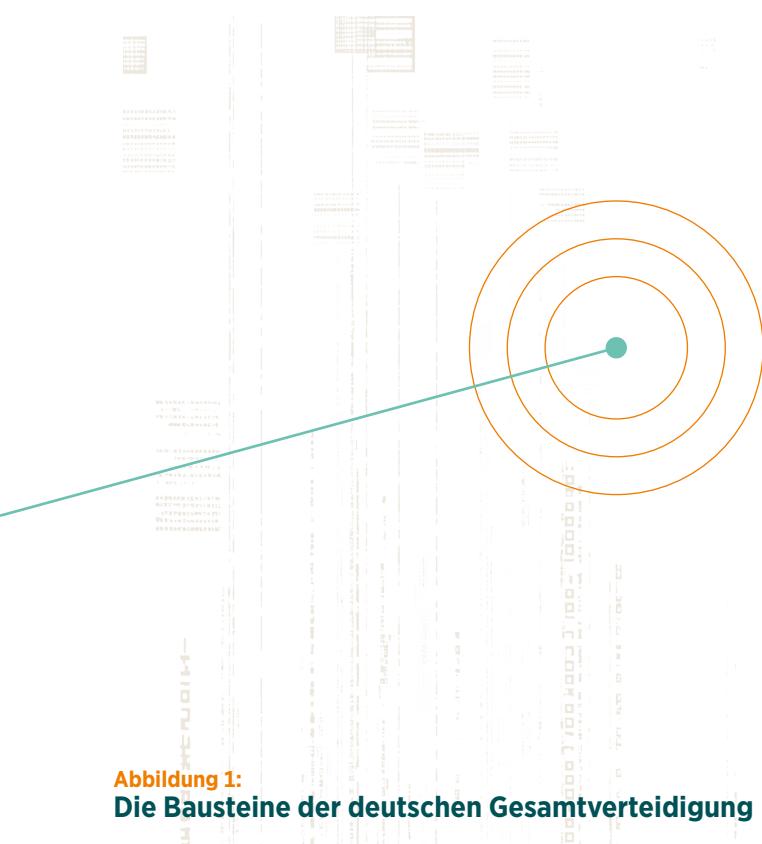


Abbildung 1:
Die Bausteine der deutschen Gesamtverteidigung

GESAMTVERTEIDIGUNG

ZIVILE VERTEIDIGUNG

Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungs-funktionen

Zivilschutz

Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte

Unterstützung der Streitkräfte

MILITÄRISCHE VERTEIDIGUNG

Operationsbasis Deutschland

Nationale territoriale Verteidigung

Beitrag Bündnisverteidigung im Inland

Bündnis-verteidigung

Militärische Verteidigung

Stakeholder – die zentralen Akteure der Verteidigung

Die militärische Verteidigung bleibt das Fundament der Sicherheitsarchitektur. Staatliche Akteure wie die Bundeswehr, das Bundesministerium der Verteidigung und die jeweiligen Landesministerien, die Bundes- und Landespolizei sowie Nachrichtendienste wie der Bundesnachrichtendienst (BND), der Militärische Abschirmdienst (MAD) sowie das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz spielen dabei die Hauptrolle. Private Akteure wie Rüstungsunternehmen, Start-ups, Logistik- oder Schulungsanbieter gewinnen jedoch zunehmend an Bedeutung und unterstützen die Bundeswehr immer stärker bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben – etwa bei der Beschaffung von Ausrüstung, der Ausbildung von Personal, der Digitalisierung von Führungssystemen oder der logistischen Versorgung im Einsatz.

Ein Beispiel ist Rheinmetall: Das Unternehmen erbringt logistische Unterstützungsleistungen bei der Verlegung von Bundeswehrkräften im In- und Ausland. Mit dem Aufklärungssystem FALKE und der Zertifizierung als Ausbildungseinrichtung verantwortet das Start-up Quantum Systems nicht nur die Bereitstellung von Drohnen, sondern auch die Schulung der Bediener. Die ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH trägt durch spezialisierte Flugsimulatoren und ihre Rolle als vom Luftfahrtamt der Bundeswehr anerkannte Ausbildungsorganisation für unbemannte Luftfahrzeuge zur Entwicklung von notwendigen Fähigkeiten bei. Die Lufthansa Gruppe ist über Lufthansa Technik an der Wartung der Regierungsflotte und über die Lufthansa Flugschule an der Ausbildung von Pilotinnen und Piloten der Luftwaffe und Marine beteiligt. Schließlich sichert die Bundeswehr über Unternehmen wie Daimler Truck und Rheinmetall MAN Military Vehicles die Versorgung mit militärischen Lkw und Logistikfahrzeugen, die die materielle Grundlage für Transport- und Versorgungseinsätze bilden.

Militärische Ausstattung und Truppenstärke: Europas Aufholjagd

Trotz Zeitenwende bleibt aktuell noch eine qualitative Lücke zu den USA bestehen. Insgesamt verfügt Europa zwar über mehr Soldatinnen und Soldaten sowie über mehr Kampfpanzer und eine mit den Vereinigten Staaten vergleichbare Zahl an Kampfflugzeugen, doch die USA sind führend in Organisation, Logistik und globaler Einsatzfähigkeit. Ein wesentlicher Grund: Europas Verteidigung ist fragmentiert ([siehe Abb. 2](#)). Nach einer Analyse von McKinsey existieren beispielsweise 19 verschiedene Panzermodelle und 28 Haubitzenarten, während die USA mit wenigen Standardsystemen arbeiten. Diese Vielfalt erhöht die Kosten und erschwert die Interoperabilität.

Um sich militärisch unabhängig von den Vereinigten Staaten zu verteidigen zu können, müsste Europa zum Ausgleich der organisatorischen und logistischen Defizite seine Streitkräfte erheblich ausbauen. Nach einer Schätzung von Bruegel und dem Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel) wären in Europa rund 300.000 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten sowie jährliche Verteidigungsinvestitionen in Höhe von etwa 250 Milliarden Euro erforderlich. Zur Abwehr eines hypothetischen russischen Durchbruchs im Baltikum wären unter anderem 1.400 Kampfpanzer, 2.000 Schützenpanzer, 700 Artilleriesysteme sowie rund eine Million 155-mm-Granaten für die ersten drei Monate eines intensiven Gefechts nötig. Ergänzend müsste die europäische Drohnenproduktion auf etwa 2.000 Einheiten pro Jahr ausgeweitet werden, um mit russischen Kapazitäten Schritt halten zu können.

Abbildung 2:

Zersplitterte Landschaft aktuell genutzter Waffensysteme in Europa

Anzahl der verschiedenen Waffensysteme im Dienst, 2023

Europa	USA	
19	Kampfpanzer	1
23	Gepanzerte Infanterie-Kampffahrzeuge	3
28	152/155-mm-Haubitzen	2
20	Taktische Kampfflugzeuge	7
4	Kampfhubschrauber	2
12	Seezielflugkörper (Anti-Schiff-Raketen)	5
13	Luft-Luft-Raketen	3
27	Zerstörer und Fregatten	4
17	Torpedos	2
10	Konventionelle U-Boote	0
6	Atom-U-Boote (nuklear getriebene U-Boote)	4
179	Summe unterschiedlicher Waffensysteme	33

Quelle: McKinsey

Nach Planungen der Bundesregierung soll die Bundeswehr bis Anfang der 2030er-Jahre zunächst zumindest von derzeit etwa 183.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten auf dann 260.000 wachsen. Dazu kommen 200.000 Reservisten, um die Gesamtstärke von 460.000 Soldaten zu erreichen, die Deutschland nach der Verteidigungsplanung der NATO stellen müsste.

Während die Bundeswehr zu Zeiten des Kalten Krieges noch rund 3.000 Kampfpanzer im Bestand hatte, sind es heute lediglich etwa 300. Verteidigungsminister Boris Pistorius plant eine deutliche Aufstockung. Im Haushaltsentwurf für 2026 sind dafür insgesamt 60 Milliarden Euro für neue gepanzerte Plattformen vorgesehen, verteilt über die kommenden zehn Jahre. 2026 plant die Bundesregierung, zusätzlich zu den bisher geplanten 123 Fahrzeugen weitere 75 Leopard 2 A8 zu bestellen.

Die Luftwaffe steht ebenfalls vor einer der größten Modernisierungen seit Jahrzehnten: Deutschland will seine Flotte des Tarnkappenjets F-35 deutlich erweitern. Nach vertraulichen Haushaltsumberlagen plant das Verteidigungsministerium den Kauf von 15 zusätzlichen Maschinen des US-Herstellers Lockheed Martin – Kostenpunkt rund 2,5 Milliarden Euro. Damit wächst die Gesamtbestellung auf 50 Jets. Die ersten 35 F-35 sollen ab 2027 ausgeliefert werden und die in die Jahre gekommenen Tornado-Kampfflugzeuge ablösen. Die F-35 würde künftig auch die Aufgabe der nuklearen Teilhabe im Rahmen der NATO übernehmen.

Die Bundesregierung plant zudem den Ausbau ihrer Fähigkeiten im Weltraum als Teil der ersten nationalen Weltraumsicherheitsstrategie. Moderne Gesellschaften sind auf zivile und militärische Raumfahrttechnologie angewiesen. Kommunikation, Navigation, Notfallversorgung und Zahlungsverkehr funktionieren nur dank eines umspannenden Satellitennetzwerks. Ein Ausfall dieser Systeme hätte gravierende Auswirkungen auf Sicherheit, Wirtschaft und die Funktionsfähigkeit kritischer Infrastrukturen, einschließlich Feuerwehr, Polizei und Katastrophenschutz. Um dieses System gegen Angriffe (siehe Abbildung 3) zu schützen, wurde 2021 das Weltraumkommando der Bundeswehr geschaffen. Die Soldatinnen und Soldaten überwachen rund um die Uhr mehr als 8.000 Satelliten. Kernpunkte der Strategie sind die Entwicklung von Wächtersatelliten und Raumgleitern, die Annäherungsmanöver fremder Objekte erkennen und gegebenenfalls abwehren können. Darüber hinaus soll die Bundeswehr befähigt werden, umfassende Cyberoperationen im Orbit durchzuführen. Zudem wird eine bessere Koordination über Ressorts hinweg angestrebt. Statt wie bisher auf viele Ministerien, Bundeswehr, Wissenschaft und Industrie verteilt zu sein, sollen Weltraumfragen im Krisenfall in einem Koordinierungsstab gebündelt werden. Zudem wird Weltraumsicherheit im Nationalen Sicherheitsrat verankert, um schnelle Entscheidungen auf höchster Ebene zu ermöglichen.

Seit Beginn der Invasion in der Ukraine greift Russland regelmäßig in die Satellitenkommunikation ein. Betroffen sind Systeme zur Positionsbestimmung, Navigation und Zeitsynchronisation. Diese Eingriffe beeinträchtigen unter anderem den zivilen Luftverkehr innerhalb der Europäischen Union. Der Verteidigungsminister hat angekündigt, bis 2030 insgesamt 35 Milliarden Euro für Weltraumprojekte und eine Sicherheitsarchitektur im All bereitzustellen.

Um die Abhängigkeit von den USA in der Beschaffung zu verringern, setzt die EU auf stärkere Koordination. Mit der European Defence Industrial Strategy (EDIS) und dem European Defence Industry Programme (EDIP) sollen bis 2030 mindestens 50 Prozent der Beschaffungen bei EU-Anbietern erfolgen, 40 Prozent gemeinschaftlich.

Abbildung 3:
Bedrohung der Dimension Weltraum



Drohnen und elektronische Kriegsführung verändern das Schlachtfeld

Der Ukrainekrieg markiert den Beginn einer neuen, zusätzlichen Ära der Kriegsführung: Drohnen sind zum zentralen Element moderner Gefechte geworden. Ihre geringen Kosten, die hohe Präzision und flexible Einsatzmöglichkeiten haben die Dynamik militärischer Operationen grundlegend verändert. Europa reagiert auf diese Entwicklung mit dem Aufbau eigener Produktions- und Entwicklungsstrukturen, nachdem lange Zeit Importe aus den USA und Israel den Bedarf deckten. Die Bundeswehr verfügte im August 2025 über einen Bestand von ca. 645 unbemannten Systemen und plant nun die Beschaffung von bis zu 12.000 Drohnen, die vor allem an der Ostflanke der NATO stationiert werden sollen.

Parallel dazu gewinnt die elektronische Kriegsführung zunehmend an Bedeutung. Sie umfasst Verfahren zur Störung und Täuschung gegnerischer Kommunikations-, Sensor- und Navigationssysteme. KI-basierte Systeme können feindliche Signale in Echtzeit analysieren und leiten Gegenmaßnahmen ein. Die Geschwindigkeit technologischer Anpassung ist entscheidend: Neue Drohnenmodelle sind oft nur wenige Wochen effektiv, bevor Gegenmaßnahmen greifen. Während klassische Rüstungsunternehmen mit langen Entwicklungszyklen kämpfen, erweisen sich agile Start-ups als besonders innovationsstark und werden somit für die Verteidigung zunehmend bedeutsamer.

Bis zu 12.000 Drohnen plant die Bundeswehr anzuschaffen.



Cybersecurity – neue Bedrohung im digitalen Raum

Neben klassischen militärischen Risiken rücken des Weiteren Cyberangriffe zunehmend in den Fokus. Cyberangriffe betreffen militärische Systeme und kritische Infrastrukturen gleichermaßen. Politisch motivierte Attacken auf staatliche Einrichtungen, militärische Systeme und kritische Infrastrukturen nehmen weltweit zu – Russland gilt als treibende Kraft. Nach Daten des European Repository of Cyber Incidents waren in den vergangenen 25 Jahren rund elf Prozent aller registrierten politisch motivierten Cyberattacken russischen Akteuren zuzuordnen. China folgt mit knapp 9,8 Prozent, dahinter Iran und Nordkorea mit jeweils 4,4 Prozent.

Etwa die Hälfte dieser Angriffe richtete sich gegen politische Institutionen und Parteien, rund ein Viertel traf kritische Infrastrukturen. Die Täter stammen zu gleichen Teilen aus staatlichen, staatsnahen und nicht staatlichen Kreisen.

Neben technischen Angriffen gewinnt die digitale Einflussnahme durch Desinformation an Bedeutung. Bis Mai 2025 identifizierte die französische Cyberabwehrbehörde rund 80 mutmaßlich russische Kampagnen gegen die Ukraine und ihre Unterstützer. Russland wird zudem verdächtigt, systematisch in den polnischen Präsidentschaftswahlkampf 2025 eingegriffen zu haben. Europas Schwachpunkt liegt in der Informations- und Analysefähigkeit, die derzeit von US-Firmen wie Palantir dominiert wird.

Zunehmend rückt auch die digitale Souveränität in den Fokus. Cloud-Infrastrukturen sind heute unverzichtbar für militärische Führungssysteme, Cyberabwehr und Datenanalyse. Die Abhängigkeit von außereuropäischen Hyperscalern birgt Risiken, da diese ausländischem Rechtszugriff unterliegen können. Initiativen wie Gaia-X und das EU-Cloud-Sovereignty-Framework sollen ein vertrauenswürdiges europäisches Ökosystem schaffen, das Datenschutz, Resilienz und strategische Kontrolle gewährleistet und damit Europas digitale Handlungsfähigkeit in Krisen stärkt.

Zur Verteidigung im Cyberraum spielt das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) eine Schlüsselrolle. Es schützt staatliche IT-Systeme und kritische Infrastrukturen, erkennt und analysiert Angriffe und entwickelt verbindliche Sicherheitsstandards. Im Krisenfall koordiniert das BSI Abwehrmaßnahmen und informiert Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit über aktuelle Bedrohungen.

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind jedoch nach wie vor unzureichend auf diese neue Bedrohungslage eingestellt. Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern sowie zwischen zivilen und militärischen Stellen sind vielfach unklar und überlappen sich. Hinzu kommen veraltete Regelungen im Bereich der Spionageabwehr und ein Mangel an rechtlichen Befugnissen für eine wirksame Gegenwehr.

Zivile Verteidigung

Die stille Säule der Sicherheit

Angesichts von hybriden Bedrohungen, Cyberangriffen und Sabotageakten sowie möglichen konventionellen Konflikten ist die zivile Verteidigung heute ein zentraler Bestandteil moderner Sicherheitsstrategien. Sie umfasst die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, den Zivilschutz, die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Energie, Wasser, Lebensmitteln und medizinischer Versorgung sowie die Unterstützung der Streitkräfte durch logistische Leistungen, Infrastruktur oder Sanitätsdienste.

Der EU-Katastrophenschutzmechanismus (UCPM), der zivile Hilfe bei Katastrophen und Konflikten koordiniert, hat in den vergangenen Jahren einen sprunghaften Bedeutungszuwachs erfahren. Während er zwischen 2007 und 2019 nur etwa 16- bis 32-mal pro Jahr aktiviert wurde, passierte dies seit 2020 über 100-mal jährlich. Die EU-Kommission spricht insgesamt von einem Aktivitätsanstieg um rund 550 Prozent.

Deutschland stünde dabei im Falle eines Angriffs Russlands auf das Bündnisgebiet der NATO bei der zivilen Verteidigung noch vor besonderen Anforderungen. Aufgrund der geografischen Lage in der Mitte Europas würde Deutschland im Falle eines Angriffs auf östliche NATO-Partnerstaaten zur logistischen Drehscheibe: Militärpersonal und Nachschubgüter würden aus westlichen Staaten durch Deutschland in Richtung Osten verlegt, während umgekehrt verletzte Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr sowie verbündeter Streitkräfte nach Deutschland ausgeflogen beziehungsweise verlegt würden. Diese Aufgabe erfordert nicht nur militärische Infrastruktur, sondern auch umfassende zivile Unterstützung: Soldatinnen und Soldaten müssten während der Durchreise versorgt und untergebracht werden, und für ihre Technik wären Energie, Transportkapazitäten und gesicherte Kommunikationsnetze notwendig.

Die Helfer im Schatten –

Stakeholder im Zivil- und Bevölkerungsschutz

Im Rahmen der Aufgaben nach dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz (ZSKG) spielen verschiedene Organisationen eine zentrale Rolle. Im staatlichen Bereich sind das insbesondere das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), Landes- und kommunale Katastrophenschutzbehörden, das Technische Hilfswerk (THW) als Bundesbehörde sowie die (Berufs-)Feuerwehr. Zu den privaten Organisationen zählen insbesondere der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), das Deutsche Rote Kreuz (DRK), die Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) sowie der Malteser Hilfsdienst (MHD). Darüber hinaus sind das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter und die Malteser als freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Konventionen anerkannt. Damit tragen sie nicht nur zur zivilen Gefahrenabwehr bei, sondern unterstützen auch den Sanitätsdienst der Bundeswehr im Verteidigungsfall. Ihre Aufgaben reichen von der medizinischen Versorgung über die Bereitstellung logistischer Ressourcen bis hin zur Mitwirkung bei Evakuierungen und der Betreuung von Verletzten und Kranken in Krisenszenarien. Nicht zu vernachlässigen sind jedoch auch jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger.

Der EU-Katastrophenschutzmechanismus verzeichnet einen Aktivitätsanstieg von etwa 550 Prozent seit 2020.

Lücken im Bevölkerungsschutz:

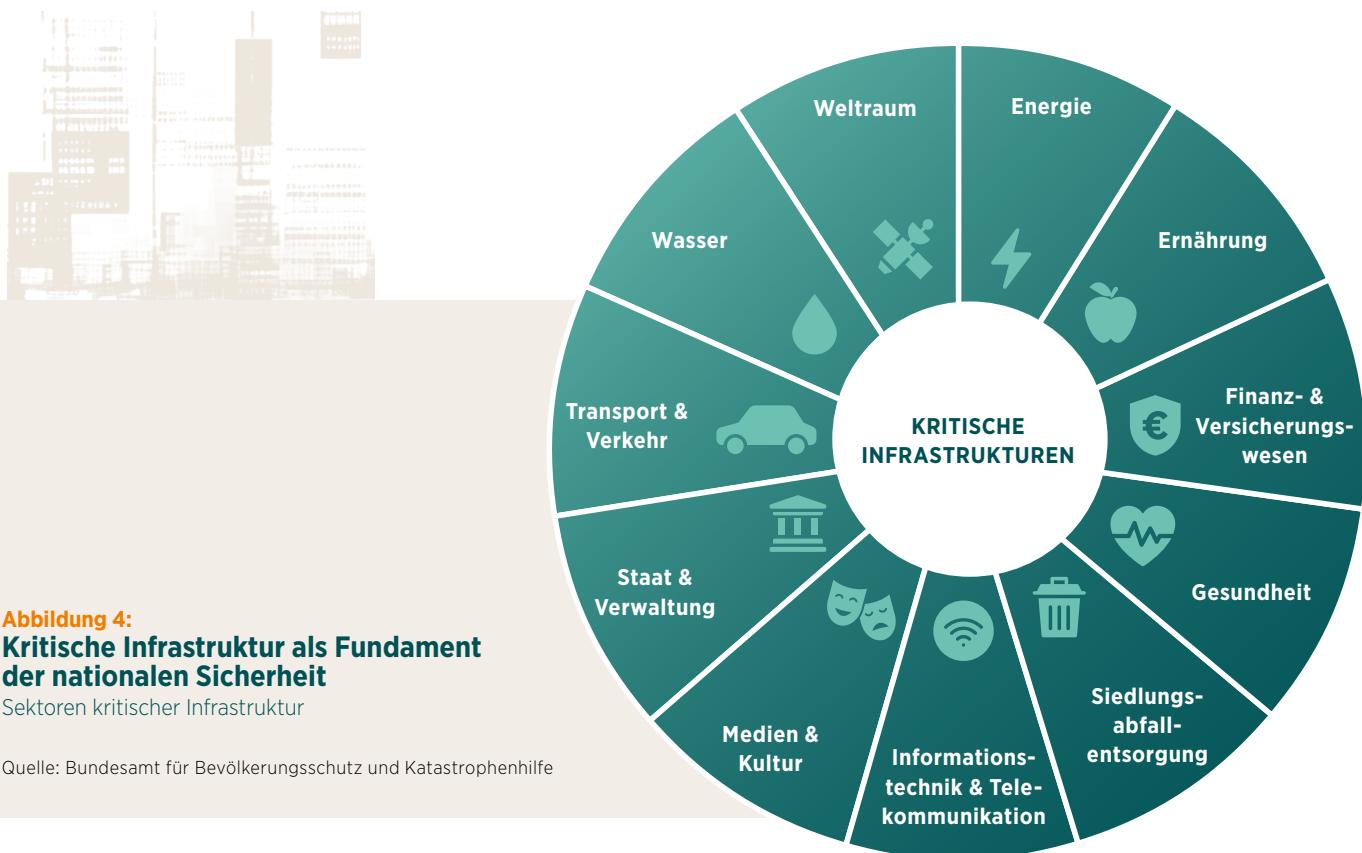
Eigenvorsorge, Warnsysteme und Schutzräume

Obwohl die verfassungsrechtliche Schutzverpflichtung des Staates nur erfüllt werden kann, wenn Bürger:innen aktiv mitwirken, bleibt der Selbstschutz die große Lücke: Laut einer Studie des BBK haben sich 54 Prozent der Befragten noch nie mit Notfallvorsorge beschäftigt, andere Untersuchungen zeigen, dass mehr als die Hälfte weder ausreichende Vorräte noch Selbsthilfekenntnisse hat. Zwar halten rund 75 Prozent Eigenvorsorge für notwendig, aber etwa 50 Prozent haben keinerlei Vorkehrungen getroffen, und nur rund ein Drittel erfüllt die BBK-Empfehlung für einen Zehn-Tage-Vorrat.

Parallel dazu gewinnt der Warnschutz an Bedeutung. Nach dem jahrzehntelangen Rückbau existieren heute nur noch etwa 35.000 bis 40.000 Sirenen, die teils veraltet sind – Fachverbände halten mindestens 90.000 moderne Anlagen für nötig. Der Bund unterstützt den Wiederaufbau der Warninfrastruktur über das Sirenenförderprogramm. Bis 2025 wurden rund zwölf Millionen Euro investiert, unter anderem in die Installation von 2.976 Dachsirenen und 1.502 Mastsirenen. Dennoch verfügen viele Kommunen weiterhin nicht über eine ausreichende Sirenenabdeckung, sodass die Warnfähigkeit im Krisenfall noch nicht flächendeckend gewährleistet ist. Warn-Apps wie NINA sind weit verbreitet (83 Prozent der Befragten nutzen mindestens eine App), aber ihre Wirksamkeit hängt von der Strom- und Netzverfügbarkeit ab.

Beim letzten Warntag wurden 97 Prozent der Teilnehmenden erreicht – analog durch Sirenen jedoch nur rund zwei Drittel (66 Prozent). Dieser Wert ist von besonderer Bedeutung, denn im Notfall können Technik und Netz schnell ausfallen. Das Warnsystem Cell Broadcast erreichte dagegen drei Viertel der Menschen (75 Prozent).

Besonders kritisch ist dagegen der physische Schutz: Von einst rund 2.000 öffentlichen Schutzräumen sind nur noch 579 mit etwa 480.000 Plätzen übrig, das entspricht gerade einmal 0,6 Prozent der Bevölkerung, während Länder wie Finnland oder Schweden mit Schutzraumquoten von rund 70 bis 90 Prozent deutlich besser abgesichert sind. Deutschland arbeitet derzeit an einem neuen Schutzraumkonzept, das auch bauliche Selbstschutzräume wie gehärtete Kellerräume einbezieht. In Polen gibt es dagegen bereits ab 2026 die Pflicht, in Neubauten einen Schutzraum mit einzuplanen.



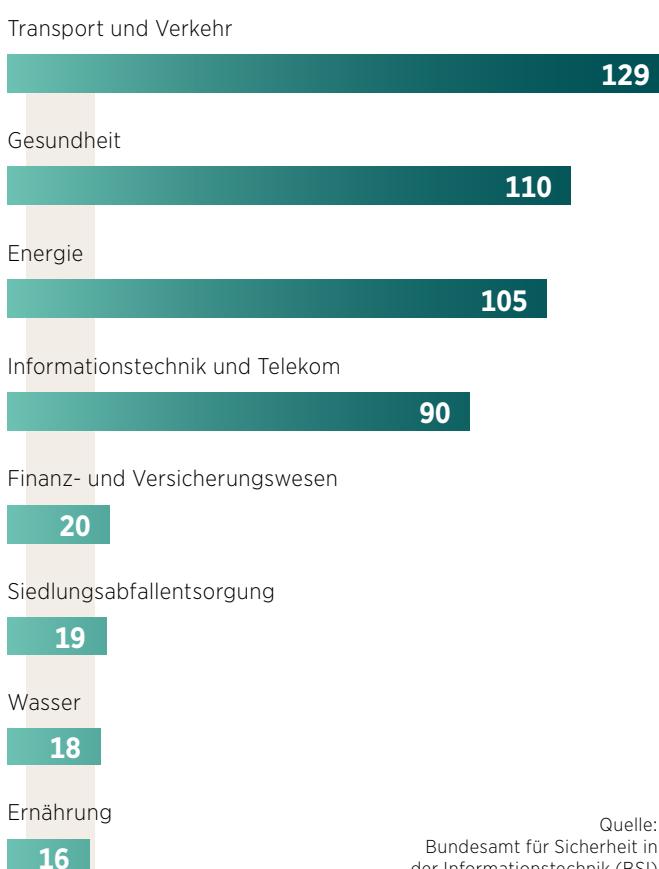
Kritische Infrastruktur als Achillesferse moderner Staaten

Sabotageakte an Unterseekabeln und Pipelines in der Ostsee, gezielte Desinformationskampagnen im Netz, Anschläge auf Verkehrsknotenpunkte wie jüngst auf polnische Bahnstrecken oder Einkaufszentren – die Bedrohungslage ist real und vielfältig. Drohnensichtungen über Flughäfen in Deutschland, Dänemark oder Belgien zeigen, wie schnell zentrale Versorgungs- und Kommunikationsstrukturen ins Visier geraten können. Seit Jahresbeginn bis Mitte Oktober registrierte das BKA rund 850 Überflüge von Drohnen über militärische Anlagen, Rüstungsbetriebe sowie Bereiche der sogenannten kritischen Infrastruktur in Deutschland, darunter etwa Energieversorger und Wasserwerke.

Laut Deutscher Flugsicherung wurden zudem allein 2025 über 447 Fälle von GPS-Störungen gemeldet – vor zwei Jahren waren es lediglich 25. Zahlreiche dieser Jamming-Signale stammen aus dem Ostseeraum aus der russischen Provinz Kaliningrad und könnten Teil von Russlands hybrider Kriegsführung sein. So war im September 2025 auch das Flugzeug von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Opfer einer mutmaßlich russischen GPS-Störung geworden.

Abbildung 5: Verkehr und Gesundheit am häufigsten von Störungen betroffen

Anzahl der gemeldeten Störungen nach Sektoren
von Januar bis September 2025



Quelle:
Bundesamt für Sicherheit in
der Informationstechnik (BSI)

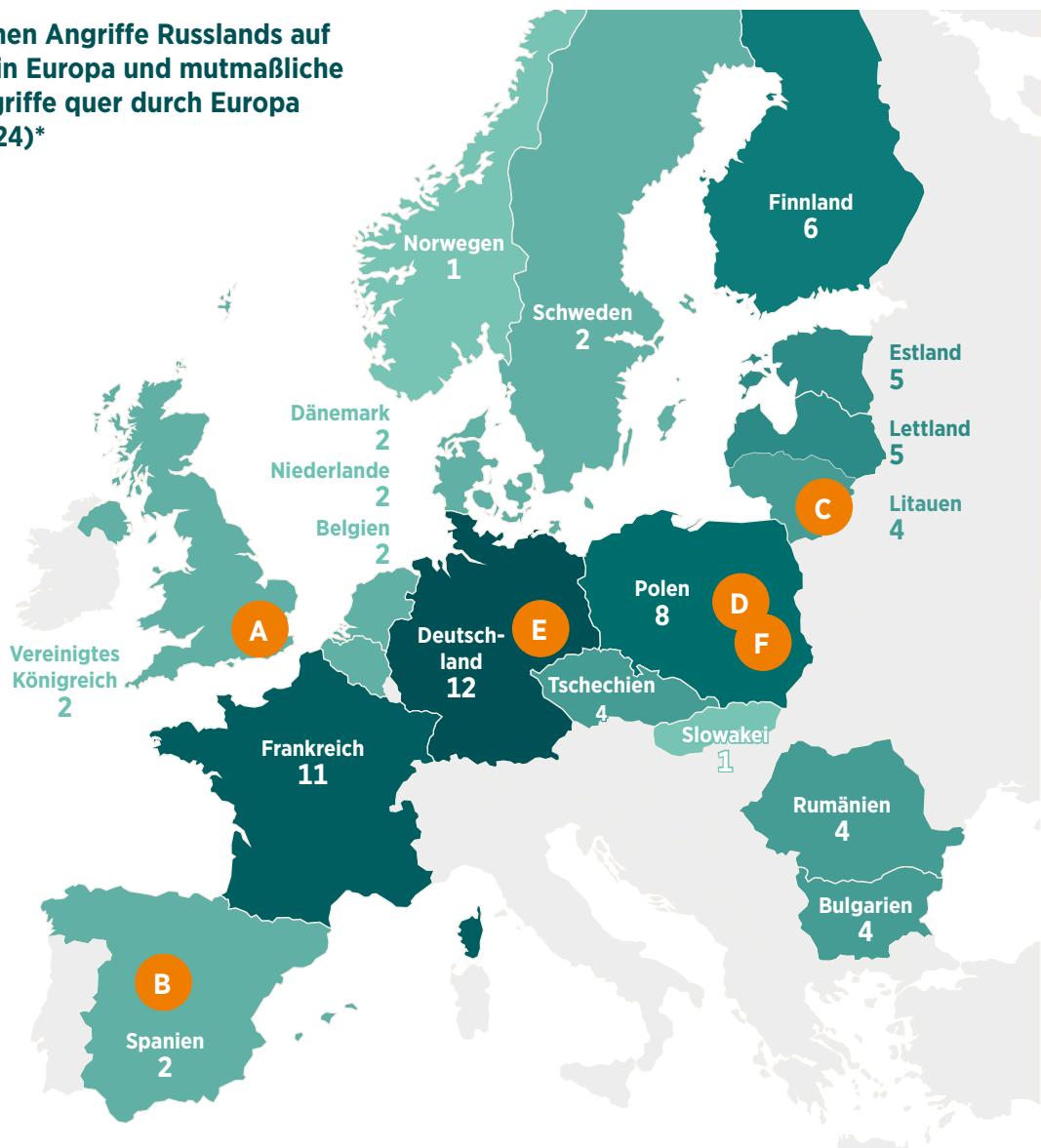
Kritische Infrastrukturen sind die Lebensadern moderner Staaten. Ihr Ausfall hätte gravierende Folgen für Sicherheit, Wirtschaft und Alltag. Der Schutz dieser Systeme ist daher eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Somit kommt den Betreibern kritischer Infrastrukturen (KRITIS) eine weitere Schlüsselrolle in der zivilen Verteidigung zu. Sie sollen die Grundversorgung der Bevölkerung sicherstellen und sind gesetzlich verpflichtet, besondere Schutzmaßnahmen umzusetzen und sicherheitsrelevante Vorfälle zu melden. Erstmals wurden durch das „Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen“ (KRITIS-Dachgesetz) bundesweit einheitliche, sektorübergreifende Mindeststandards eingeführt. Das können z.B. Notfallteams, ein stärkerer Objektschutz oder Maßnahmen zur Ausfallsicherheit sein. In Deutschland gibt es Stand September 2025 1119 KRITIS-Betreiber mit insgesamt 2019 Anlagen, die sich auf verschiedene Sektoren verteilen ([siehe Abbildung 4](#)). Hierzu zählen Energieversorger wie RWE und E.ON, Wasser- und Abwasserbetriebe, Telekommunikationsanbieter wie Deutsche Telekom und Vodafone sowie Unternehmen aus Transport und Logistik, darunter Bahnunternehmen, Flughäfen und Kraftstofflieferanten. Auch die Lebensmittelversorgung durch Großhändler, Logistikzentren und Kühlkettenbetreiber fällt in diesen Bereich. Hierbei wiesen zuletzt die Bereiche Verkehr und Gesundheit die meisten Störungen auf ([siehe Abbildung 5](#)).

Wichtig sind ebenfalls IT- und Cybersecurity-Dienstleister, da sie entscheidend für die digitale Resilienz sind. Cloud- und Hosting-Anbieter wie SAP, Microsoft und AWS stellen die technologische Basis für Datenverarbeitung und -speicherung bereit. IT-Sicherheitsunternehmen wie Secunet und G DATA gewährleisten den Schutz vor Cyberangriffen und die Integrität sensibler Systeme. Ergänzend übernehmen Software- und Systemintegratoren die Implementierung kritischer Anwendungen in Verwaltung und Industrie, um die Funktionsfähigkeit digitaler Prozesse sicherzustellen. Schließlich tragen private Sicherheitsunternehmen zum Schutz sensibler Einrichtungen bei, darunter Industrieanlagen, Energiezentren und militärische Liegenschaften, und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Resilienz kritischer Strukturen.

Cyberangriffe auf Bereiche der kritischen Infrastruktur stellen eine wachsende Bedrohung dar. Der BSI-Lagebericht 2025 verdeutlicht die Dimension: Täglich werden im Durchschnitt 119 neue Schwachstellen identifiziert – ein Zuwachs von 24 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Allein im Jahr 2024 registrierte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) 769 meldepflichtige Sicherheitsvorfälle bei Betreibern kritischer Infrastrukturen. Die Bundesregierung hat entschiedenere Maßnahmen für mehr IT-Sicherheit angekündigt und plant u.a. ein Abwehrsystem namens „Cyber-Dome“, einem Frühwarn- und Abwehrsystem.

Abbildung 6:

Anzahl der mutmaßlichen Angriffe Russlands auf kritische Infrastruktur in Europa und mutmaßliche russische Sabotageangriffe quer durch Europa (Feb. 2022 bis Dez. 2024)*



A Am 20. März 2024 zünden Kriminelle ein Lagerhaus im Osten **Londons** an. Dort lagern Hilfsgüter für die Ukraine, darunter Technik für das Satelliteninternet.

B Zehn Tage nach dem Brand in London geht in **Madrid** ein Lager in Flammen auf, das demselben Unternehmer gehört.

C In Litauens Hauptstadt **Vilnius** explodiert in der Nacht zum 9. Mai 2024 ein Sprengsatz in einer Ikea-Filiale. Ein Teenager bekommt einen alten BMW als Belohnung.

D Drei Tage später brennt in **Warschau** das Marywilska 44, eines der größten Einkaufszentren Europas mit 1400 Geschäften.

E Auf dem **Leipziger Flughafen** geht im Juli 2024 ein Brandsatz in einem DHL-Paket in Flammen auf. Auch in England und Polen entzünden sich kurz danach Postsendungen.

F In **Mika**, 100 Kilometer südöstlich von Warschau, sprengen am 16. November 2025 Saboteure Bahn-gleise. Auf der Strecke werden Rüstungsgüter in die Ukraine transportiert.

* Physische Sabotage-, Angriffs- und Einflussereignisse mit Auswirkungen auf Objekte, Dienste oder Personen; ohne Cyberattacken und Spionage durch Drohnen; Quelle erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Quellen: International Institute for Strategic Studies, Spiegel

Laut einer Erhebung des Londoner Thinktanks International Institute for Strategic Studies gab es im Jahr 2024 in Deutschland zudem zwölf physische Angriffe auf Objekte, Dienste oder Personen, die entweder von den Behörden und Politikern mit Russland in Verbindung gebracht wurden und/oder in ein Muster ähnlicher Angriffe beziehungsweise Ereignisse passten, bei denen offiziell ein Zusammenhang mit Russland vermutet wurde ([siehe Abb. 6](#)).

Selbst wenn kritische Infrastrukturen gegen Sabotage und Cyberangriffe abgesichert sind, stellt sich im Verteidigungsfall eine zusätzliche Herausforderung: Die militärische Mobilität muss gewährleistet sein. Straßen, Brücken, Häfen und Flughäfen sind nicht nur für den zivilen Verkehr entscheidend, sondern im Krisenfall die logistische Basis für Truppen- und Materialtransporte. Um diese Fähigkeit sicherzustellen, plant die EU das European Military Mobility Enhanced Response System (EMERS). Es soll militärischen Transporten in Ausnahmesituationen Vorrang bei der Nutzung von Verkehrsnetzen und Infrastruktur einräumen. Viele Straßen- und Eisenbahnbrücken sowie zahlreiche Häfen und Flughäfen sind derzeit nicht für schwere Militärtransporte ausgelegt. Für den nächsten langfristigen EU-Haushalt schlägt die Kommission vor, das Budget für Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, die auch für militärische Zwecke genutzt werden kann, auf insgesamt 17,65 Milliarden Euro zu erhöhen. Zusätzlich stellt Deutschland durch das Sondervermögen Geld für militärisch nutzbare Infrastruktur bereit.

In Krisen- und Verteidigungsfällen entscheidet zudem auch die medizinische Versorgung über die Stabilität des Staates und die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaft. Die Gesundheits- und Pharmaindustrie umfasst u.a. Krankenhausbetreiber, die für die stationäre Versorgung verantwortlich sind, Pharmaunternehmen, die Impfstoffe und lebenswichtige Medikamente entwickeln, sowie die Medizintechnikbranche, die essenzielle Ausrüstung wie Beatmungsgeräte und Diagnosesysteme bereitstellt.

Die Vorbereitung auf den Ernstfall ist in Deutschland jedoch unzureichend. Die Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten (MANV) gehört zu den Kernaufgaben der zivilen Verteidigung. Zwar existieren 61 Medizinische Task Forces (MTF) als Ergänzung zu den Katastrophenschutzeinheiten der Länder, doch ihre Kapazitäten reichen bei Weitem nicht aus.

Hinzu kommt die Versorgung der eigenen Bevölkerung und potentieller Kriegsflüchtlinge aus Nachbarstaaten. Die logistische Herausforderung ist enorm: Vorratshaltung für Medikamente, Blutkonserven und medizinische Geräte muss massiv ausgebaut werden. Just-in-time-Konzepte sind im Verteidigungsfall nicht praktikabel – strategische Vorräte und enge Industriepartnerschaften sind zwingend erforderlich, um die Versorgung sicherzustellen.

Die EU-Kommission will das Budget für – auch militärisch nutzbare – Verkehrsinfrastruktur im nächsten Haushaltsplan auf **17,65 Milliarden Euro erhöhen.**

Wirtschaftliche Basis – wesentliche Unternehmen, Entwicklung der Start-ups & Souveränitätspotenzial



Kapitel 2

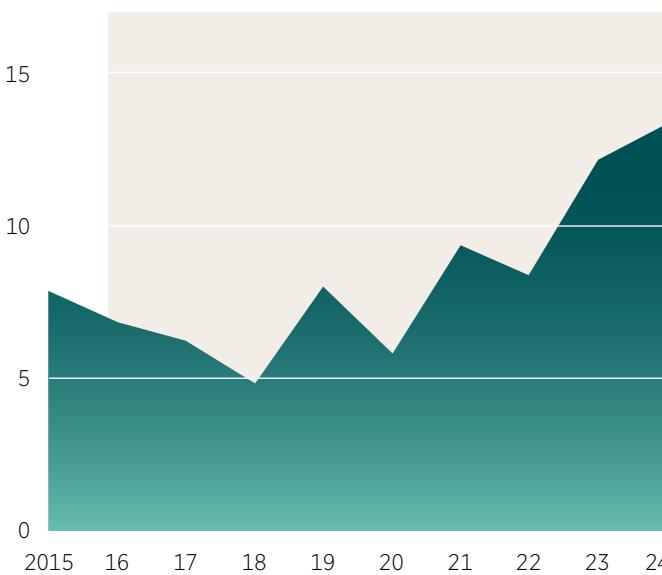
Status quo und Entwicklung der wesentlichen Unternehmen

Die deutsche Rüstungsindustrie ist eine traditionsreiche und starke Branche. Dies verdeutlichen nicht zuletzt die soliden Exportzahlen: Inzwischen werden laut der Statistik der Ausfuhrgenehmigungen jährlich Güter im Wert von mehr als 13 Milliarden Euro ins Ausland verkauft ([siehe Abbildung 7](#)). Weltweit liegt der Standort Deutschland laut Zahlen des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri auf Rang fünf der größten Waffenexporteure.

Schätzungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) zufolge sind inzwischen deutlich mehr als 100.000 Menschen in der Rüstungsbranche beschäftigt. Davon arbeiten rund 14.000 direkt in der Fertigung von Waffen und Munition ([siehe Abbildung 8](#)). Zwischen 2018 und 2024 ist diese Zahl um knapp ein Drittel gestiegen. Klares Zentrum der Branche ist die Region rund um München. Insgesamt wird in Bayern etwa ein Drittel der Wertschöpfung dieses Sektors erzeugt.

Abbildung 7:
Deutsche Rüstungsexporte*

in Mrd. Euro



* Wert der Einzelgenehmigungen für den Export von Rüstungsgütern aus Deutschland;

Quellen jeweils: BMWE, Destatis

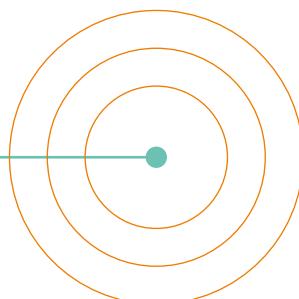
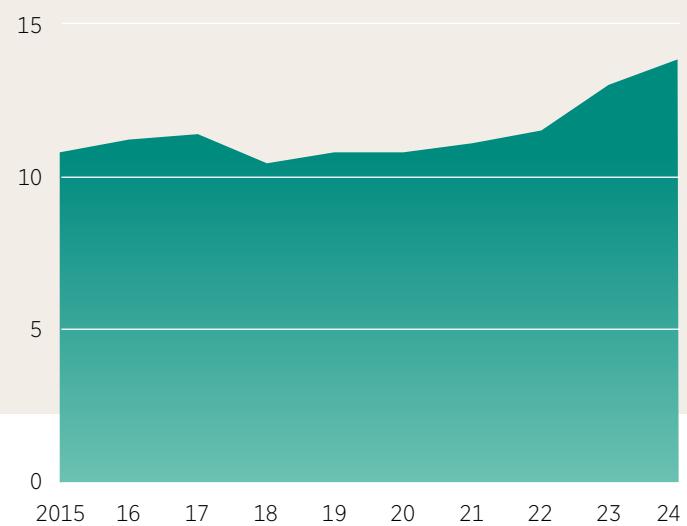


Abbildung 8:
Beschäftigte in der Herstellung von Waffen und Munition

in Tausend



Wie viele andere deutsche Industriebranchen auch ist die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mittelständisch geprägt. Knapp die Hälfte der Beschäftigten arbeitet bei sogenannten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die meist als Zulieferer fungieren und sich auf einzelne Komponenten spezialisiert haben. Trotzdem spielen die Großkonzerne eine zentrale Rolle. In der Branche werden sie meist Systemhäuser genannt, da sie für die Finalisierung und Auslieferung der fertigen Endprodukte verantwortlich sind.

Abbildung 9:
Rüstung: Konzerne aus Deutschland bzw. paneuropäische Konzerne mit Niederlassung in Deutschland

Unternehmen	Produkte	Heimat	Sitz in Deutschland	Platz im globalen Top-100-Ranking*	Umsätze Rüstungsgeschäft (in Mrd. Euro)	Anteil Rüstung am Gesamtumsatz (2024)
Airbus	Flugzeuge, Satelliten	pan-europäisch	Landkreis München (Bayern)	14	2024 11,7 2023 11,9	17 %
Rheinmetall	Panzer, Munition	Deutschland	Düsseldorf (NRW)	18	7,6 5,1	78 %
MBDA (früher u. a. DASA)	Lenkwaffen, Luftverteidigung	pan-europäisch	Schrobenhausen (Bayern)	27	4,9 4,5	100 %
KNDS (früher u. a. Krauss-Maffei Wegmann)	Kampfpanzer, Artillerie	pan-europäisch	München (Bayern)	37	3,8 3,3	100 %
Hensoldt	Sensorik, Radar	Deutschland	Landkreis München (Bayern)	52	2,2 1,8	100 %
Diehl	Raketen, Flugabwehr	Deutschland	Überlingen (BW)	82	1,1 0,8	23 %
RENK	Panzergetriebe, Fahrwerke	Deutschland	Augsburg (Bayern)	95	0,8 0,6	72 %

* Globales Ranking der umsatzstärksten Rüstungskonzerne, 2024;
Quellen: Defense News, Sipri, eigene Recherchen

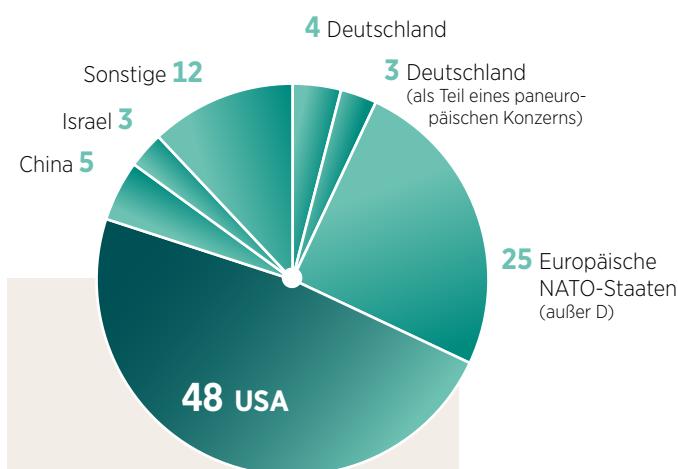
Im Ranking derjenigen hundert Unternehmen, die weltweit den höchsten Umsatz mit Rüstungsprodukten erzielen, sind vier rein deutsche Firmen vertreten ([siehe Abbildung 9](#)):

- **Rheinmetall aus Düsseldorf** (weltweit auf Rang 18) stellt kleinere Panzer, Artilleriesysteme, Munition, Flugabwehrsysteme sowie elektronische Kampftechnik her und fungiert als Zulieferer für andere Panzerhersteller.
- Die ehemalige **Airbus-Tochter Hensoldt** (Rang 52) aus dem Landkreis München produziert Radarsysteme, Sensoren für Flugzeuge und Schiffe sowie elektronische Kampftechnik, etwa für die Drohnenabwehr.
- **Diehl Defence** aus Überlingen in Baden-Württemberg (Rang 82), eine Tochter des Nürnberger Diehl-Konzerns, stellt Lenkflugkörper, Panzerabwehrwaffen, Flugabwehrsysteme sowie Munition her.
- **Renk** aus dem bayerischen Augsburg (Rang 95) produziert Fahrzeugteile und Motoren für Militärfahrzeuge, außerdem Antriebe für Marineschiffe.

Die Tatsache, dass die Verteidigungspolitik innerhalb der EU-Staaten beziehungsweise der europäischen NATO-Staaten in den zurückliegenden Jahren immer multinationaler aufgestellt wurde, schlägt sich auch in der Industrie nieder. So finden sich unter den hundert weltgrößten Rüstungsunternehmen gleich drei große paneuropäische Konzerne, in denen deutschen Unternehmen aufgegangen sind:

- **Airbus** (Rang 14 der Konzerne mit den weltweit höchsten Rüstungsumsätzen), dessen Division Defence and Space im Landkreis München beheimatet ist, produziert militärische Transport- und Kampfflugzeuge sowie Hubschrauber und Satellitentechnik.
- **MBDA** (Rang 27) ist mit seinem deutschen Ableger aus dem bayerischen Schrobenhausen im Markt für Lenkflugkörper sowie Raketen- und Laserwaffenkomponenten aktiv.
- **KNDS** (Rang 37), das aus einer Fusion mit dem Traditionskonzern Krauss-Maffei Wegmann hervorging, fertigt mit seiner in München ansässigen Sparte große Kampfpanzer, Artilleriesysteme sowie geschützte Fahrzeuge.

Abbildung 10:
Top 100 der umsatzstärksten Rüstungsunternehmen
Anzahl nach Herkunftsland (2024)



Quellen:

Defense News, Sipri, eigene Auswertung

Auch wenn Deutschland somit über große und namhafte Konzerne verfügt, verdeutlicht das globale Ranking der umsatzstärksten Unternehmen einmal mehr die Übermacht der USA im Rüstungssektor. So stammt fast jedes zweite der Top-100-Unternehmen aus Amerika ([siehe Abbildung 10](#)). Die europäischen NATO-Staaten bringen es insgesamt auf knapp ein Drittel.

Politische Weichenstellungen schaffen Rückenwind für die deutsche Rüstungsindustrie

Die sogenannte Zeitenwende – also der politische Entschluss der west- und mitteleuropäischen Staaten, infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine in die eigene Verteidigungsfähigkeit zu investieren – hat das Geschäft der Konzerne zuletzt massiv belebt. Dies lässt sich beispielhaft anhand der Aktienkurse der börsennotierten deutschen Rüstungsunternehmen verdeutlichen ([siehe Abbildung 11](#)). Nach dem Ausbruch des Krieges im Februar 2022 sprangen diese erstmals nach oben. Ein ähnlicher Anstieg ereignete sich, nachdem im März 2025 die Pläne der neuen deutschen Koalition publik wurden, die Schuldenbremse auszusetzen, um höhere Verteidigungsinvestitionen zu ermöglichen. So steht der Kurs von Rheinmetall heute mehr als 20-mal höher als vor Beginn des Krieges, der von Hensoldt knapp zehnmal höher. Beide Konzerne dürften Schätzungen zufolge im Jahr 2025 mehr als doppelt so viel Umsatz erzielt haben wie noch 2020 ([siehe Abb. 12](#)).

Ähnlich sieht das Bild aus, wenn man die Rüstungsindustrie der europäischen NATO-Staaten als Ganzes betrachtet. Während allgemeine europäische Aktienindizes seit Februar 2022 um rund ein Drittel zulegen konnten, haben sich die Kurse der auf die Rüstungsindustrie begrenzten Subindizes mehr als verfünffacht.

In dieser Zeit haben die Staaten ihre Investitionen massiv erhöht: Laut Sipri-Zahlen lagen die Militärausgaben der europäischen NATO-Staaten 2024 – inflationsbereinigt – um mehr als 40 Prozent höher als noch 2021. Damit ist das Plus kleiner als in den Krieg führenden Staaten, gleichzeitig allerdings mehr als doppelt so hoch wie in der Welt insgesamt.

Die Konzerne profitierten im betrachteten Zeitraum von neuen beziehungsweise ausgeweiteten Aufträgen. So hat Rheinmetall beispielsweise 2024 den größten Auftrag seiner Geschichte erhalten: einen 8,5 Milliarden Euro umfassenden Rahmenvertrag für die Lieferung von Artilleriemunition. Insgesamt verdeutlicht die Liste der jüngsten Großaufträge an Konzerne, dass es oftmals nicht nur um die Beschaffung neuer Güter geht, sondern ebenso um Wartungs- und Instandhaltungsverträge. Ein großes Gewicht hat auch die Auffüllung der – durch Lieferungen an die Ukraine stark verringerten – Munitionsbestände.

Die deutlich verbesserte Auftragslage führt dazu, dass viele Konzerne – entgegen dem gesamtwirtschaftlichen Trend – Stellen aufbauen. Auch werden zusätzliche Produktionsstätten in Betrieb genommen. So baut Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß an Europas größter Munitionsfabrik, mit 500 neuen Stellen.

Abbildung 11:
Aktienkurse von Hensoldt und Rheinmetall

in Euro

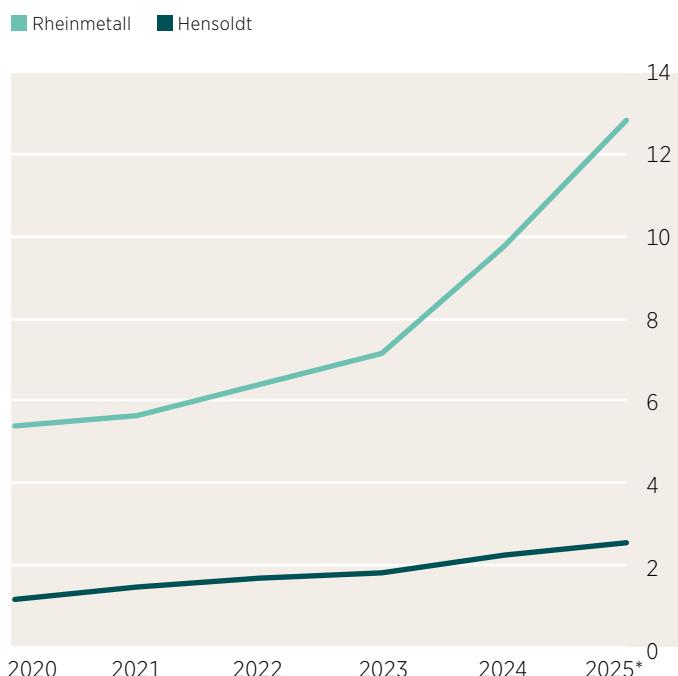


* Schätzung

Quellen: Bloomberg, Konzerne, Statista

Abbildung 12:
Umsätze von Hensoldt und Rheinmetall

in Mrd. Euro



Wachsende Nachfrage in Zeiten geopolitischer Unsicherheit:

Chancen für verschiedenste Sektoren

Dass die Branche dabei auch unkonventionelle Wege geht, zeigen die Umwidmungen bestehender Fabriken: So hat KNDS von Alstom das traditionsreiche Waggonbauwerk in Görlitz übernommen, um dort künftig Panzerzteile zu fertigen. Gleichzeitig prüft Rheinmetall, ein vom Aus bedrohtes Porsche-Werk in Osnabrück zu übernehmen und für die Herstellung von Militärfahrzeugen umzurüsten. Auch für die bald frei werdenden VW-Werke in Zwickau und Dresden gibt es Überlegungen, diese für die Rüstungsindustrie nutzbar zu machen.

Natürlich profitiert nicht nur die klassische Rüstungsindustrie von den zusätzlichen Milliarden, die in Deutschland beziehungsweise den europäischen NATO-Staaten für die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit ausgegeben werden. Tatsächlich entfällt laut der Unternehmensberatung EY nur rund ein Drittel der Wertschöpfungseffekte auf die Rüstungsindustrie und die mit ihr verbundene metallverarbeitende Wirtschaft. Demnach beleben die Zusatzmittel – über unterschiedliche Kanäle – gleich mehrere weitere Sektoren, darunter die Unternehmensdienstleister, das verarbeitende Gewerbe im Allgemeinen und der Groß- und Einzelhandel.

Dieser breite Effekt fußt auch auf der speziellen Tektonik der Rüstungsbranche, die der Autoindustrie ähnelt: Die Systemhäuser ordnen ihre Komponenten von zahlreichen, oft mittelständischen Zulieferern. Viele von ihnen arbeiten gleichzeitig für die Autoindustrie: So stammen Getriebe von Panzern und anderen Militärfahrzeugen häufig von ZF Friedrichshafen, Motoren von MTU, Spezialreifen von Conti und Zielerfassungskomponenten von Jenoptik. Für die meisten dieser Unternehmen ist das Militärgeschäft bisher nur ein kleines Standbein. Angesichts der Verschiebungen im Markt – mit einem schwächeren Autoabsatz einerseits und wachsenden Militärausgaben andererseits – könnte es aber an Bedeutung gewinnen. Dabei gibt es allerdings nennenswerte Hürden, wie etwa die Sicherheitsüberprüfungen für Mitarbeiter, die strengen Standortvorgaben oder die kleinen Stückzahlen.

Die Bundesregierung investiert derzeit nicht nur in die klassische Verteidigungsfähigkeit, sondern auch in den Zivil- und Katastrophenschutz. Auch diese Projekte schaffen zusätzliche Nachfrage, fernab der klassischen Rüstungsindustrie: Von den neuen Projekten im Bereich der Warn- und Notversorgungssysteme oder der kritischen Infrastruktur profitieren Ingenieurbüros und IT- beziehungsweise Kommunikationsdienstleister, von den neuen Investitionen in Schutzzäune wiederum Architekturbüros und Bauunternehmen.

Gerade für die Bauwirtschaft ergeben sich aus der neuen Verteidigungspolitik zahlreiche Aufträge: Schließlich müssen neue Lager und Depots aufgebaut sowie Kasernen saniert werden. Hinzu kommen die gewachsenen Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur, die bestehende Korridore für den zügigen Transport von Militärausrüstung und Soldaten ertüchtigen muss.

Hightech verändert die Spielregeln

In nahezu allen genannten Bereichen hat der technologische Fortschritt zuletzt stark an Tempo gewonnen und viele neue Trends mit sich gebracht, auf die die Hersteller reagieren müssen. So hat der Krieg in der Ukraine die wachsende Bedeutung von Elektronik und IT verdeutlicht. Inzwischen spricht man von einer Digitalisierung des Gefechtsfeldes und vernetzter Operationsführung, setzt auf unbemannte Kriegsgeräte und nutzt KI für die Entscheidungsunterstützung. Mehr und mehr kommt es darauf an, eine Informationsüberlegenheit zu erlangen, also mithilfe von verschiedenen Sensortechnologien vollständigen Überblick über das Schlachtfeld zu bekommen. Die klassische Steigerung der Zerstörungskraft gerät als Ziel in den Hintergrund, die Präzision wird wichtiger. Hinzu kommen wachsende Anforderungen im Bereich der Cybersicherheit und Verschlüsselungstechnik.

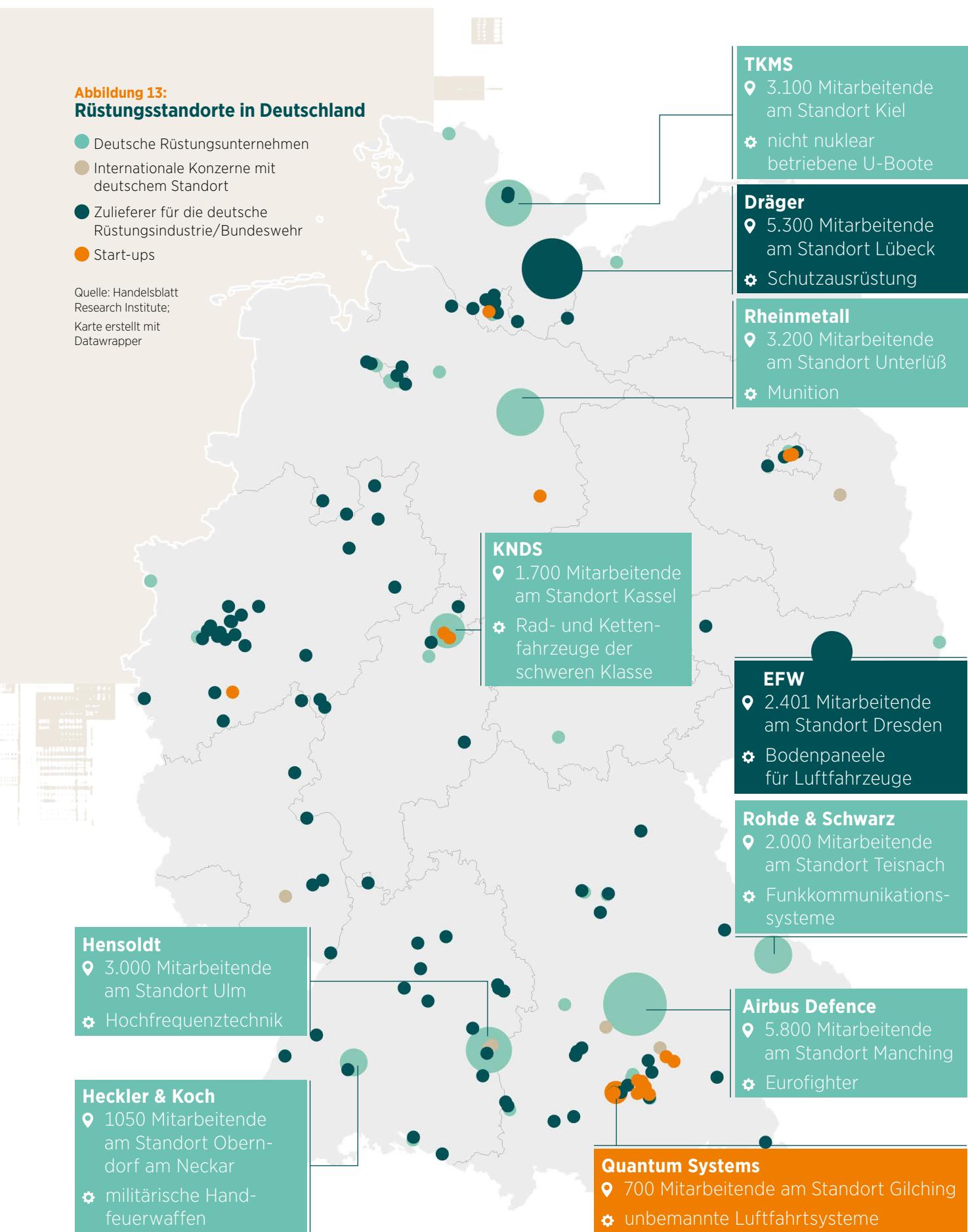
Was die Produktpalette der Rüstungsindustrie angeht, so gibt es zweifelsohne ein Spannungsfeld. Einerseits müssen Hersteller und Armeen auf die genannten technologischen Fortschritte reagieren. Andererseits aber muss die Industrie dafür sorgen, dass schnell große Mengen passender Waffen zur Verfügung stehen. Die zunehmende Zusammenarbeit der nationalen Armeen – etwa im Rahmen der schnellen NATO-Eingreiftruppe, der EU-Battlegroups oder der zweistaatlichen Streitkräftegruppen, die Deutschland etwa mit den Niederlanden, Frankreich, Polen oder Großbritannien unterhält – rückt das Ziel der Kompatibilität der Waffensysteme mehr und mehr ins Zentrum. Und nicht zuletzt wollen die Auftraggeber in den Verteidigungsministerien vermeiden, dass die wachsenden Finanzmittel zu steigenden Preisen führen.

Aus diesen Gründen werden vermehrt sogenannte Ready-to-use-Produkte geordert. Dies sind bereits fertig entwickelte Standardprodukte, die schnell verfügbar sind und nicht erst noch langwierig und teuer an spezielle Bedürfnisse angepasst werden müssen.

Abbildung 13:
Rüstungsstandorte in Deutschland

- Deutsche Rüstungsunternehmen
- Internationale Konzerne mit deutschem Standort
- Zulieferer für die deutsche Rüstungsindustrie/Bundeswehr
- Start-ups

Quelle: Handelsblatt Research Institute;
Karte erstellt mit Datawrapper



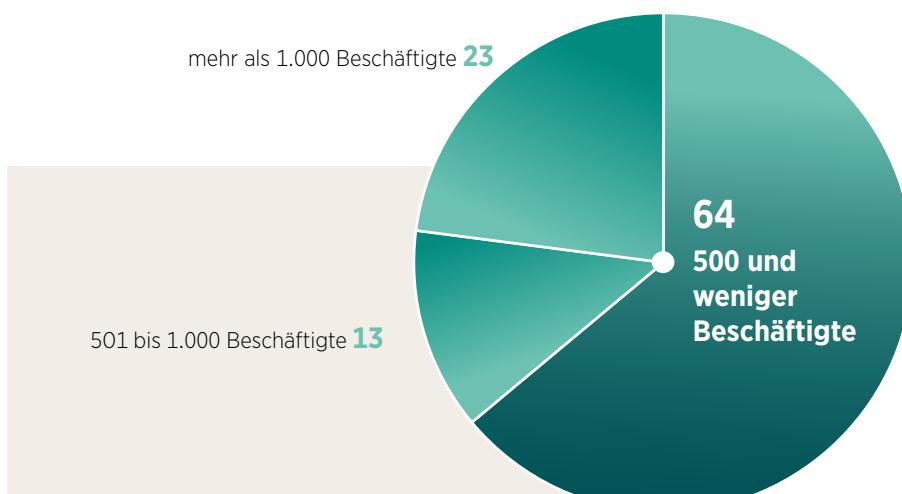
Produktionslandschaft – wenige Betriebe in Ostdeutschland

Die Abbildung 13 zeigt eine Karte der Rüstungsstandorte in Deutschland. Sie beinhaltet neben Betrieben deutscher Rüstungsunternehmen auch Standorte internationaler Unternehmen sowie Zulieferbetriebe und die relevanten Start-ups. Dabei fallen unterschiedliche Aspekte auf. Zwar gibt es nicht das eine Rüstungscluster, aber die Betriebe konzentrieren sich sehr stark auf Westdeutschland. Dabei sind einige Ballungen im Großraum München, dem Gebiet Rhein-Ruhr und den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin zu beobachten. Der Großraum München ist darüber hinaus Standort für eine Vielzahl von Start-ups aus dem Sicherheits- und Verteidigungsbereich.

Mit Blick auf die Betriebe fällt außerdem auf, dass es sich überwiegend – bis auf einige Ausnahmen – um kleinere Betriebe mit weniger als 1.000 Beschäftigten handelt (siehe Abbildung 14). Dies verdeutlicht, dass Rüstung keine Massenproduktion ist, sondern eher in Richtung Manufaktur geht.

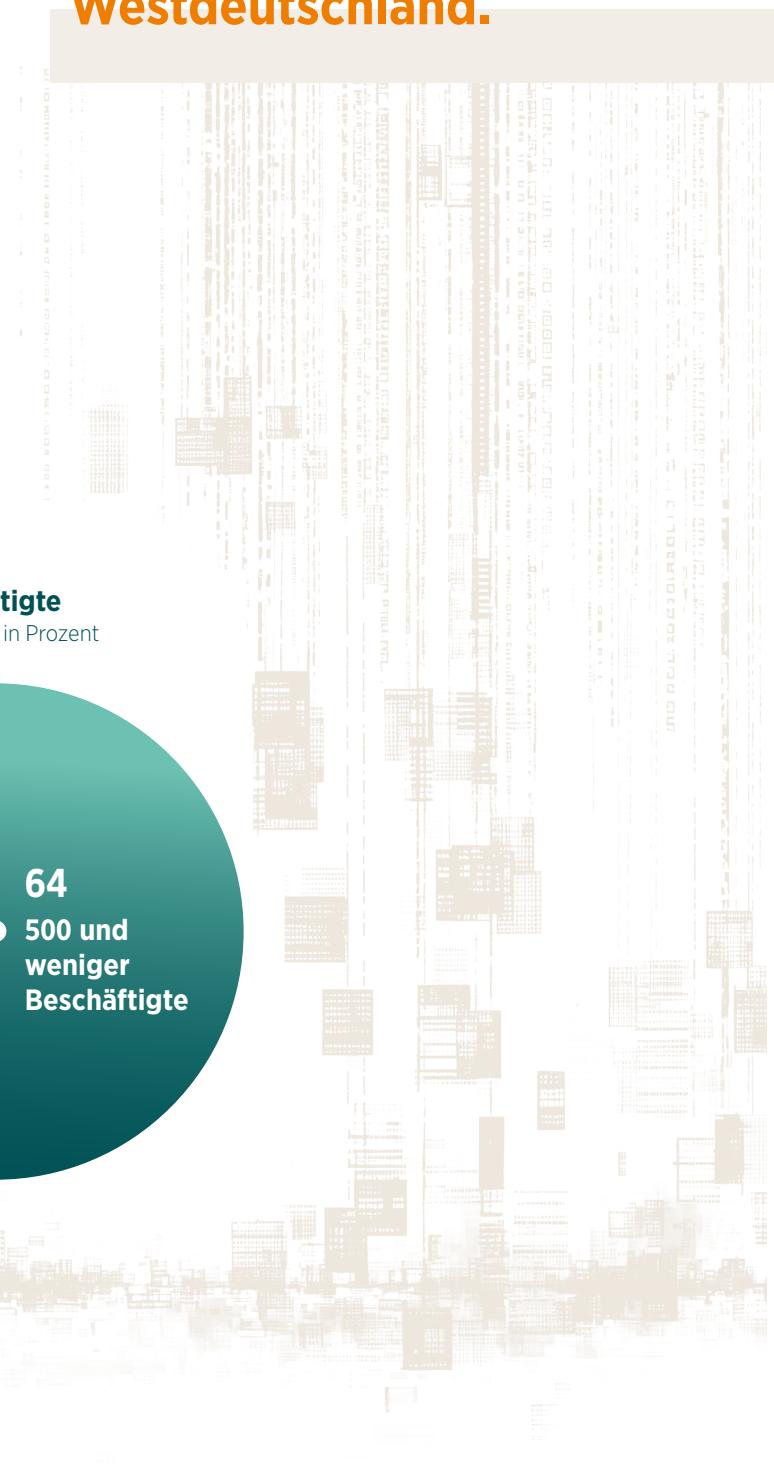
Ferner gehören die meisten Standorte zu deutschen Unternehmen. Nur wenige internationale Unternehmen haben Betriebe in Deutschland. Die Produktion von Rüstungsgütern ist insofern eher ein nationales Geschäft.

Abbildung 14:
Großteil der Betriebe hat weniger als 1.000 Beschäftigte
Anteil an den Standorten, zu denen Beschäftigtenangaben vorliegen, in Prozent



Quelle: Handelsblatt Research Institute

Die Betriebe liegen
in erster Linie in
Westdeutschland.



Entwicklung der Start-up-Szene

Neue Chancen für Start-ups

Bei den Anbietern im Bereich Sicherheit & Verteidigung handelt es sich künftig jedoch nicht nur um etablierte Unternehmen. Im Zuge der sogenannten Zeitenwende zeigte sich zuletzt eine rege Gründungstätigkeit im Verteidigungssektor. So sind in der Unternehmensdatenbank Dealroom 30 deutsche Technologie-Start-ups mit Bezug zur Verteidigungsindustrie gelistet, die zwischen 2022 und 2025 gegründet wurden. Zweifelsohne haben sich durch die wachsenden Budgets der europäischen Verteidigungsministerien neue Geschäftsmöglichkeiten für junge DefenseTech-Unternehmen ergeben.

Hinzu kommt der bereits beschriebene technologische Wandel: So wird die Verbindung der Bereiche IT und KI mit den klassischen Rüstungstechnologien immer wichtiger. Daraus ergeben sich viele Möglichkeiten für innovative Ideen. Tatsächlich sind DefenseTech-Start-ups vor allem im Bereich der neuesten Waffengenerationen tätig. Dazu zählen etwa die autonomen Kampfsysteme wie Drohnen und Roboter, die KI-gestützte Echtzeitdatenanalyse zur Entscheidungsunterstützung und digitalen Gefechtsführung, die Satellitenkommunikation und der Leichtbau.

Insgesamt zeigt sich im Rüstungsbereich ein für Industriebranchen bekanntes Muster: Forschung und Entwicklung finden zunehmend bei kleinen, agilen Jungunternehmen statt, die oftmals im Zuge von Ausgründungen aus Konzernen oder Forschungseinrichtungen entstehen. Mit flachen Hierarchien können sich diese darauf konzentrieren, den Fortschritt voranzutreiben. Gleichzeitig gibt es Unterschiede beim Produktionsweg: Während Großkonzerne meist auf standardisierte Massenfertigung fokussiert sind, entwickeln viele Start-ups Lösungen für eine spezialisierte, modularisierte Produktion, die sich schnell verlagern lässt.

Einige deutsche Start-ups sind bereits so weit, dass sie größere Aufträge der Bundeswehr erhalten. Dazu zählen Quantum Systems aus dem bayerischen Gilching und STARK aus Berlin, zu deren Geschäft die Entwicklung und Fertigung von Aufklärungsbeziehungsweise Kampfdrohnen gehört. Das Münchener Start-up Helsing wurde unter anderem beauftragt, Eurofighter-Kampfjets mit KI-Lösungen auszustatten, um deren Kampfführungsfähigkeiten auszubauen.

Meist besteht das Ziel der Start-ups allerdings nicht darin, eine komplekte Fertigung aufzubauen und Neuentwicklungen bis zur Marktreife zu treiben. Sie werden somit voraussichtlich nicht zu wirklichen Konkurrenten für etablierte Systemhäuser werden. Stattdessen geht es meist darum, Ergänzungen für bestehende Produkte zu entwickeln, die dann in Form von Partnerschaften gemeinsam fortgeführt werden können, so wie sie in der Rüstungsindustrie ohnehin seit Langem üblich sind – sei es im Zuge von Akquisisen oder in Form von Lizenzvereinbarungen oder temporären Kooperationen. Tatsächlich sind auch in Deutschland fruchtbare Ökosysteme aus Konzernen und Start-ups entstanden. Auch dafür ist München das wichtigste regionale Zentrum.

Abbildung 15:
DefenseTech: Top-100-Start-ups aus Deutschland

Unternehmen	Produkte	Sitz in Deutschland	Platz im globalen Top-100-Ranking*	Unternehmenswert** (in Mio. Euro)	Mitarbeiter-Zahl**
Helsing	KI-Software, Gefechtsanalyse	München	2	12.000	556
Quantum Systems	KI-Drohnen, Aufklärung	Gilching	12	1.000	327
STARK	Drohnen, Robotik	Berlin	20	455	64
ARX Robotics	Bodenroboter, UGVs	München	45	155	100
Alpine Eagle	Drohnenabwehr, Sensorik	München	92	51	25
SWARM Biotactics	Schwarmsteuerung, Biotechnologie	Kassel	93	50	24

* Globales Ranking der wertvollsten Rüstungs-Start-ups; ** Schätzung;

Quellen: Dealroom, eigene Recherchen

Starkes Wachstum trotz US-Dominanz: Deutsche DefenseTech-Start-ups punkten bei Investoren

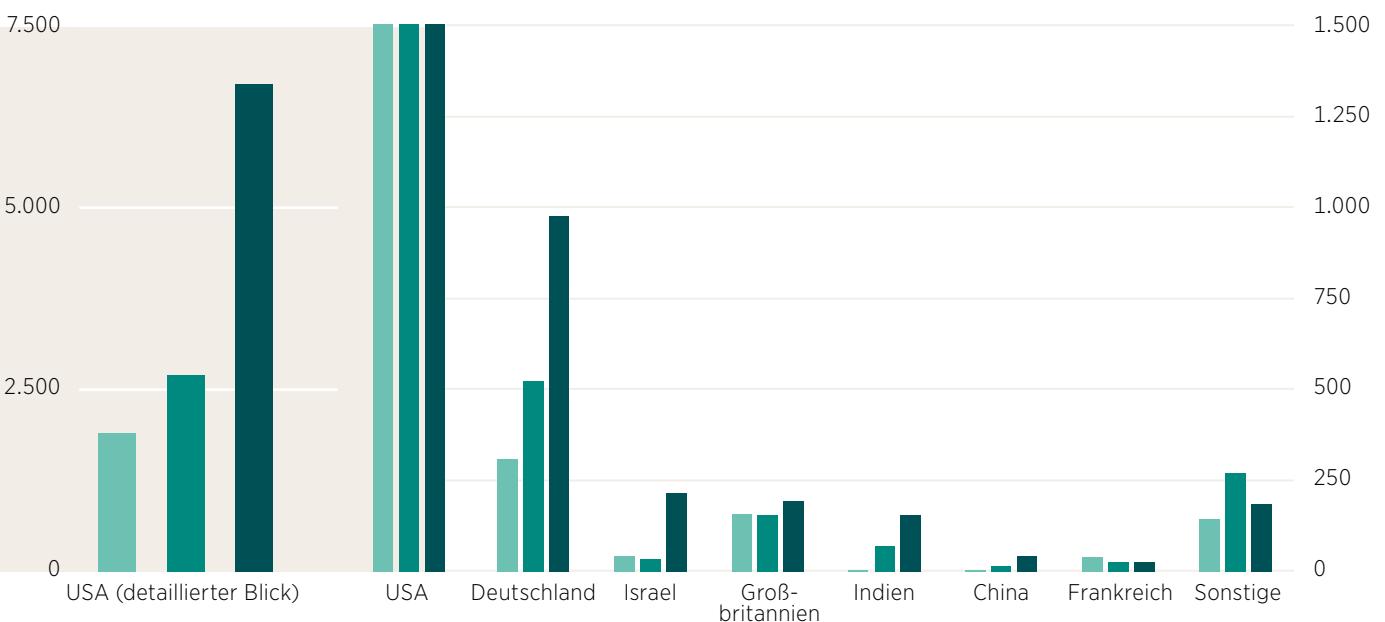
Werden die wertvollsten DefenseTech-Start-ups weltweit betrachtet, zeigt sich, dass Deutschland kein allzu großer, aber durchaus nennenswerter Standort ist. So finden sich unter den Top-100 sechs deutsche Start-ups (siehe Abbildung 15), darunter die bereits genannten Drohnen-Spezialisten Helsing (Rang 2, mit einem geschätzten Unternehmenswert von zwölf Milliarden Euro), Quantum Systems (Rang 12) und STARK (Rang 20). Hinzu kommen noch das Unternehmen ARX-Robotics (Rang 45), das KI-gesteuerte unbemannte Bodenfahrzeuge baut, sowie Alpin Eagle (Rang 92), das KI-Software zur Drohnenabwehr entwickelt. Neben diesen beiden Münchener Start-ups findet sich auch SWARM Biotactics (Rang 93) aus dem hessischen Kassel unter den Top-100. Das Unternehmen will Insekten mit Sensorik ausrüsten und für Aufklärungseinsätze nutzen – eine Technologie, die für viele Industrien interessant sein kann.

Die amerikanische Übermacht ist bei den DefenseTech-Start-ups sogar noch deutlicher als bei den Großkonzernen. Tatsächlich stammen fast zwei Drittel der Top-100 Start-ups aus den USA (siehe Abbildung 16). Die europäischen NATO-Staaten kommen insgesamt nur auf ein knappes Fünftel. Selbst das kleine Israel hat mehr Top-100-Vertreter als Deutschland.

Abbildung 17: Risikokapitalinvestitionen in Rüstungs- und Sicherheits-Start-ups

in Mio. US-Dollar

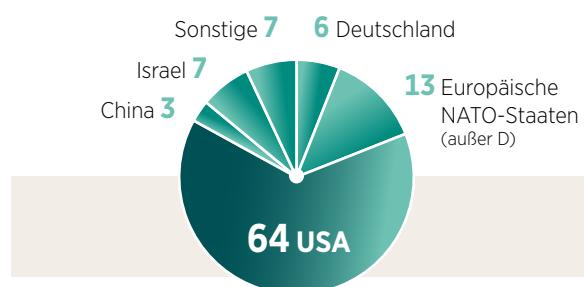
■ 2023 ■ 2024 ■ 2025



Quelle: Dealroom

Abbildung 16: Top 100 der wertvollsten Rüstungs- und Sicherheits-Start-ups

Anzahl nach Herkunftsland (2024)



Quellen: Dealroom, eigene Auswertung

Betrachtet man allerdings die Summen an Risikokapital, die weltweit in junge DefenseTech-Unternehmen investiert werden, so belegt der deutsche Markt in der Betrachtung der Einzelstaaten einen starken zweiten Platz (siehe Abbildung 17). So bekamen deutsche Start-ups im Jahr 2023 umgerechnet rund 0,3 Milliarden US-Dollar an Mitteln zur Verfügung gestellt. 2024 waren es bereits mehr als 0,5 Milliarden, und im Jahr 2025 kam sogar etwa eine ganze Milliarde zusammen.

Somit entfielen im DefenseTech-Bereich zwischen zwölf und 15 Prozent der globalen Risikokapitalinvestitionen auf deutsche Start-ups. Ein Großteil der Gelder kam Helsing und Quantum Systems zugute. So konnte Helsing im Juni 2025 rund 600 Millionen Euro zusätzliche Mittel einwerben, wodurch die Gesamtfinanzierungssumme des Start-ups auf knapp 1,4 Milliarden Euro wuchs.

Potenzial für Souveränität

Für die Regierung von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ist die Stärkung der deutschen Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft ein zentrales Anliegen. „Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen“, sagte Merz im Mai 2025 bei seiner ersten Regierungserklärung.

Schon die Vorgängerregierung hatte ähnlich argumentiert – und deutlich gemacht, dass dazu auch die Förderung der heimischen Rüstungsindustrie gehört. „Zur Aufrechterhaltung und Stärkung der strategischen Souveränität sowie Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist es erforderlich, gewisse sicherheits- und verteidigungsindustrielle Kernfähigkeiten und Kapazitäten (Schlüsseltechnologien) national vorzuhalten“, heißt es etwa in der Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie aus dem Jahr 2024.

Die entsprechenden Technologien und Produktgruppen, bei denen Abhängigkeiten von ausländischen Anbietern „zu vermeiden sind“, werden auch namentlich genannt, allerdings nur grob: Als solche gelten demnach unter anderem militärische IT- und Kommunikationstechnologien, KI, Marineschiffe, gepanzerte Fahrzeuge und Sensoren. Als weitere Technologien, deren Verfügbarkeit ebenfalls im nationalen Sicherheitsinteresse liegt, die aber auch von europäischen Anbietern bezogen werden können, werden unter anderem Quantentechnologien, Flugkörper, Raumfahrttechnologien und Munition aufgeführt.

Gemeinhin wird unter dem Begriff Souveränität verstanden, dass Deutschland in der Lage ist, einen Großteil der notwendigen Rüstungstechnologie selbst herzustellen. Dazu gehört es, Abhängigkeiten von Lieferungen aus dem Ausland zu reduzieren. Unklar ist, wie weitgehend der Begriff ist. Meist wird angenommen, dass darunter keine vollständige Autarkie zu verstehen ist – also die Fähigkeit, ausnahmslos jede Art von Rüstungsgütern selbst herzustellen. Gemeint ist eher, dass man weniger Abhängigkeiten als bisher hat und dass man das Beziehungsgeflecht aus gegenseitigen Abhängigkeiten nach Möglichkeit so austariert, dass diese sich gegenseitig aufwiegen.

Oft wird gleichzeitig auch der Begriff der Resilienz benutzt – also die Fähigkeit, etwaige kurzfristige Brüche in den internationalen Lieferbeziehungen ohne nennenswerte Schäden für die heimische Produktion aushalten zu können. Nicht zuletzt geht es dabei auch um die Stabilisierung der heimischen Industrie – etwa durch großvolumige und langfristige Lieferaufträge in zentralen Bereichen, die die Produktionskapazitäten sichern und verlässlich auslasten.

Geopolitisch hat die neue Fokussierung auf Souveränität und Resilienz vor allem zwei Gründe: zum einen den Expansionsdrang Russlands, der im Überfall auf die Ukraine kulminierte, sich aber auch im hybriden Propaganda- und Cyberkampf gegen westliche Staaten manifestiert – und als reale Bedrohung für die Sicherheit Deutschlands gilt. Zum anderen die Abwendung der USA von den europäischen Bündnispartnern. Tatsächlich wird allgemein angenommen, dass die früheren amerikanischen Sicherheitsversprechen für Westeuropa nicht mehr gelten. Außerdem bestehen zunehmend Zweifel an der Verlässlichkeit der partnerschaftlichen Beziehungen zu den USA. Dabei spielt besonders die Frage eine Rolle, wie sicher deutsche und europäische Daten in den Händen der Amerikaner noch sind.

Deutschland zwischen Kooperation und Eigenständigkeit im europäischen Rüstungsmarkt

Komplex ist auch die Beziehung zu den europäischen Partnern im Rüstungsbereich. Einerseits wird die verteidigungs-politische Integration weiter vorangetrieben, die sich im Rüstungssektor in Form von paneuropäischen Konzernen und Auftragsvergaben manifestiert. Gleichzeitig aber wird die Notwendigkeit einer nationalen Souveränität betont – wie etwa bei den oben genannten Schlüsseltechnologien.

In der Vergangenheit wurden Pläne, heimische Rüstungsunternehmen mit Konkurrenten aus anderen europäischen Ländern zu fusionieren, von politischer Seite nicht immer nur wohlwollend begleitet. Diese Gleichzeitigkeit von multinationalen und rein nationalen Ansätzen ist allerdings kein Alleinstellungsmerkmal der Verteidigungspolitik, sondern zieht sich durch nahezu alle Bereiche der Wirtschaftspolitik – und das seit Bestehen der europäischen Gemeinschaftspolitik.

Zurzeit ist die Souveränität der deutschen Verteidigungsindustrie durchaus nennenswert ausgeprägt. Viele Güter – gerade für die Boden- und Seestreitkräfte – können und werden in Deutschland hergestellt. Auch Anforderungen im Bereich Wartung und Instandhaltung werden zum Großteil von heimischen Anbietern erfüllt. Gleichzeitig ist Deutschlands Industrie exportstark und führt Schätzungen zufolge mehr als die Hälfte ihrer produzierten Güter aus, was indirekt Abhängigkeiten der Partnerländer gegenüber Deutschland impliziert.

Souveränität bedeutet, dass Deutschland in der Lage ist, einen Großteil der notwendigen Rüstungstechnologie selbst herzustellen.



2026 werden rund 8 Prozent der für Rüstungsprojekte veranschlagten Bundeswehrmittel an US-amerikanische Lieferanten fließen.

Abhängigkeit vom US-Markt senken

Gerade im Bereich der hochtechnologischen Schlüsseltechnologien stützt sich die Bundeswehr allerdings stark auf US-amerikanische Lieferanten. Dies gilt vor allem für spezielle Güter für die Luftstreitkräfte, wie etwa Tarnkappenkampfjets, Transporthubschrauber oder U-Boot-Jäger, aber auch für Marschflugkörper oder bestimmte Raketen-systeme – und nicht zuletzt für die Bereiche der Cybersicherheit und der KI-basierten Entscheidungsunterstützung. In vielen Bereichen haben die USA die Technologieführerschaft inne, was man auch an ihrem Vorsprung bei den angemeldeten Patenten und bei der Gründungstätigkeit ablesen kann.

Aufgrund der langen Entwicklungs- und Produktionszyklen lässt sich an den genannten Abhängigkeiten von US-Produkten kurzfristig noch nicht viel ändern. Mittelfristig sieht die strategische Planung allerdings vor, dass nach und nach mehr und mehr Hochtechnologiegüter selbst hergestellt werden. Schließlich ist die Renationalisierung beziehungsweise Reeuropäisierung der Verteidigungsindustrie genauso ein Ziel der Zeitenwende wie die Ausweitung der Rüstungsbeschaffung und der Truppenstärke.

Konkret geplant ist etwa die Produktion von Lenkflugkörpern und Kampfjets der nächsten Generation. Die steigende Nachfrage nach Kampfdrohnen soll ebenfalls zunehmend aus Deutschland beziehungsweise aus Europa gedeckt werden. Hier spielen auch die oben erwähnten Start-ups eine gewichtige Rolle. Laut jüngsten Medienberichten werden 2026 rund acht Prozent der für Rüstungsprojekte veranschlagten Bundeswehrmittel an US-amerikanische Lieferanten fließen.

Neue Chancen für die heimische Industrie

Für die heimische Industrie bietet die neue Gemengelage vielfältige Chancen. Zum einen steigen die Budgets, die die Bundeswehr und andere europäische Armeen für Aufträge zur Verfügung haben, was ein wachsendes Auftragsvolumen impliziert. Gleichzeitig befreit sie die politisch vorangetriebene Bevorzugung heimischer Güter vom internationalen Konkurrenzkampf, vor allem mit US-amerikanischen Wettbewerbern.

Dies erlaubt es den Unternehmen, aufwendige und langwierige Entwicklungsprojekte voranzutreiben, die sich vor der Zeitenwende möglicherweise nie amortisiert hätten. Insofern ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, neue und teurere Produkte zu verkaufen – und das in hohen Stückzahlen. Viele der Unzulänglichkeiten der Rüstungsbeschaffung, die in der Industrie oft für Kritik gesorgt hatten, sind somit verschwunden – wie etwa die Kleinteiligkeit der Bestellungen oder die kurzen Planungshorizonte.

Gleichzeitig ergeben sich aber auch Nachteile: Die Desintegration der internationalen Lieferverflechtungen kann zur Folge haben, dass potenzielle Auftraggeber in Übersee wegfallen, schließlich werden bestehende Beziehungen meist auch von der Gegenseite zurückgefahren. Vor dem Hintergrund, dass die Rüstungsausgaben in anderen Weltregionen – insbesondere in Nordamerika – weitaus weniger stark steigen als in Europa, erscheint dies umso gravierender.

Hinzu kommt die Sensibilität der Regierenden für Preissteigerungen. Wenn für die Beschaffung plötzlich sehr viel mehr Geld zur Verfügung steht als zuvor, liegt der Verdacht nahe, dass die Anbieter dies mit höheren Preisforderungen auszunutzen versuchen – zumal ihre Verhandlungsmacht angesichts ausgelasteter Kapazitäten groß ist. Da diese Sorge allerdings sehr verbreitet ist, wächst der Druck, eben diese Preisspiralen zu verhindern. Der Plan der Politik, nach Möglichkeit schnell verfügbare Produkte in der Standardkonfiguration – sozusagen „von der Stange“ – zu kaufen, zeigt, dass der Spielraum der Industrie für Preissteigerungen möglicherweise doch begrenzt ist.

Dies legt auch die ökonomische Theorie nahe: In monopsonistischen Märkten, in denen einzelne Nachfrager mehreren Anbietern gegenüberstehen, kann die Macht der Nachfrageseite groß sein. Wie sich die Preise letztlich entwickeln werden, muss allerdings die Zukunft zeigen.

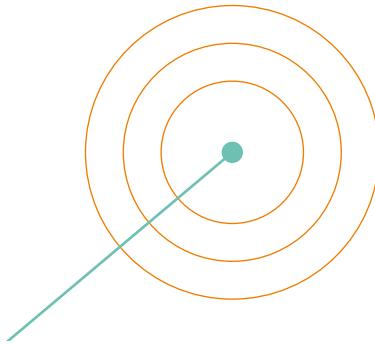
In der Gesamtschau lässt sich attestieren, dass die Geschäftsaussichten der Rüstungsindustrie so gut sind wie selten zuvor. Davon zeugen auch die hohen Aktienkurse der deutschen und europäischen Konzerne, in die bereits die optimistischen Annahmen für die Zukunft eingepreist sein dürften.

Gleichzeitig sieht es so aus, als könnte die politische gewünschte Stärkung der Souveränität tatsächlich gelingen. Dies geschieht allerdings langsam. Angesichts der volatilen geopolitischen Weltlage bleiben somit Risiken bestehen.



Kapitel 3

Staatliche Finanzierung – neue Spielräume und Ziele



Die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit & Verteidigung trägt der deutsche Staat. Er trägt damit ebenfalls die finanzielle Last. Jahrzehntelang waren die Ausgaben in diesem Bereich rückläufig. Dies ändert sich aber nun ([siehe Abbildung 18](#)). Deutschland hat im Jahr 2024 nach unterschiedlichen Quellen rund 85 bis 90 Milliarden US-Dollar für Verteidigung ausgegeben. Damit lag Deutschland hinter den USA, China und Russland weltweit auf Rang vier. Die Bundesrepublik hat damit binnen sechs Jahren ihre Rüstungsausgaben verdoppelt und erstmals das NATO-Ziel von zwei Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt eingehalten. Das zuständige Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) hat nach Angaben von Behördenleiterin Lehnigk-Emden seit Beginn des Ukrainekriegs Verträge bis zum Frühjahr 2025 für rund 150 Milliarden Euro geschlossen.

Finanziert wurde dieser Rüstungsschub zunächst mithilfe des 100-Milliarden-Euro-Sondervermögens, das der damalige Bundeskanzler Olaf Scholz und seine „Ampel“-Regierung im Juli 2022 nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine aufgelegt haben („Zeitenwende“). Ziel war, durch eine im Grundgesetz verankerte (Art. 87a Abs. 1a GG) zweckgebundene Finanzierung von Ausrüstungsvorhaben die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr zu stärken. Diese Mittel sind inzwischen verplant, aber größtenteils noch nicht ausgegeben. Der tatsächliche Kreditbestand betrug Ende September 2025 gut 33 Milliarden Euro. Die Bundesregierung geht davon aus, dass die Kreditermächtigungen im Jahr 2027 vollumfänglich verausgabt sein werden.

Wofür das Geld konkret verwendet wird, ist nicht bekannt. Recherchen von „Zeit Online“ zeigen, dass 28 Milliarden Euro in den Bereich „Luft“ fließen sollen, 16 Milliarden Euro in „Digitalisierung und Cyber“ und 13 Milliarden Euro für „Tilgung, Zinsen und Steuern“ vorgesehen sind. Größter Einzelposten ist demnach mit 8,6 Milliarden Euro die „Digitalisierung landbasierter Operationen“, gefolgt von 35 Kampfflugzeugen F-35A Lightning II im Wert von 8,3 Milliarden Euro.

Der Bundesrechnungshof kritisiert in seinem Bericht an den Haushaltssausschuss des Bundestages die Einrichtung eines Sondervermögens. Nach seiner Auffassung handele es sich bei den hieraus geplanten Ausgaben um eine Kernaufgabe der Bundeswehr, die daher in den Kernhaushalt gehörten. Der Rechnungshof weist darauf hin, dass weiterhin Prioritäten bei den Ausgaben gesetzt werden müssten. Hierbei sollten Vorhaben und Maßnahmen, die der Einsatzbereitschaft unmittelbar dienen, Priorität haben. Der Bericht weist auch darauf hin, dass die aus dem Sondervermögen anfallenden Tilgungs- und Zinsausgaben nicht im Bundeshaushalt berücksichtigt seien.

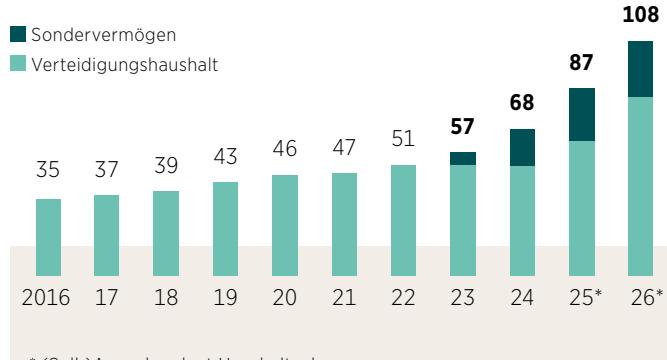
Eine weitere Vergrößerung des finanziellen Spielraums ergab sich am 18. März 2025, als der 20. Bundestag, wenige Tage vor dem Zusammentritt des künftigen 21. Bundestags, für eine Änderung

der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse stimmte. Unter anderem werden Ausgaben für Verteidigung und bestimmte sicherheitspolitische Ausgaben ab einer Höhe von einem Prozent des BIP künftig nicht mehr auf die Schuldenregel des Grundgesetzes angerechnet. „Von den zu berücksichtigenden Einnahmen aus Krediten ist der Betrag abzuziehen, um den die Verteidigungsausgaben, die Ausgaben des Bundes für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie für die Nachrichtendienste, für den Schutz der informationstechnischen Systeme und für die Hilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten 1 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt übersteigen“, heißt es fortan in Art. 109, Abs. 3, S. 5 Grundgesetz. Auf diese Weise soll die Abwehrbereitschaft der Bundeswehr gestärkt werden.

Die mittelfristige Finanzplanung der neuen Bundesregierung sieht denn auch kräftig steigende Ausgaben für Verteidigung vor, 2026: 82,69 Mrd. Euro, 2027: 93,35 Mrd. Euro, 2028: 136,49 Mrd. Euro, 2029: 152,83 Mrd. Euro. Aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“ werden in den Jahren 2025 bis 2027 voraussichtlich Ausgaben in der Größenordnung von jährlich 25 Mrd. Euro hinzukommen. Die „NATO-Quote“ soll damit bis 2029 auf 3,56 Prozent ansteigen – und somit den neuen Zielwert von 3,5 Prozent geringfügig übersteigen.

Abbildung 18: Steigende Verteidigungsausgaben Deutschlands

in Mrd. Euro

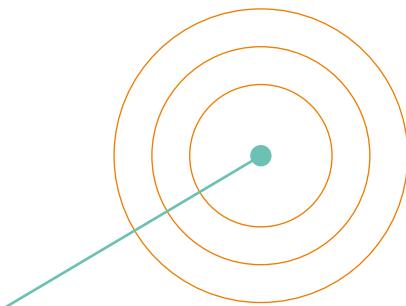


* (Soll-)Ausgaben laut Haushaltsplan;
Quellen: BMF, Bundesrechnungshof

Die finanzielle Basis für die weitere Stärkung des Bereichs Sicherheit & Verteidigung ist insofern recht gut aufgestellt. Allerdings sei bereits hier betont, dass neben dem reinen Mittelumfang auch die sinnvolle Verwendung wichtig ist. So mahnt beispielsweise der Bundesrechnungshof, dass aus einem sicherheits- und verteidigungs-politisch begründeten „Whatever it takes!“ kein verwaltungsseitiges „Geld spielt keine Rolle!“ werden dürfe. Um neue Schulden rechtfertigen zu können, seien die Ausgaben auf das zu fokussieren, was beispielsweise die Bundeswehr für ihren militärischen Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung benötige. Würden finanzielle Mittel nicht zielgerichtet verwendet, fehlten sie an anderer Stelle, mithin für den Kernauftrag. Ausgabendisziplin sei daher kein Widerspruch zum finanziellen Aufwuchs. Vielmehr müsse beides ineinander greifen, um die Verteidigungsfähigkeit bestmöglich zu stärken.

Gesellschaftlicher Blick auf Sicherheit & Verteidigung – Sorgen, Einschätzungen & Erwartungen

Kapitel 4



Die Bevölkerung blickt pessimistisch auf die aktuelle Sicherheitslage

Generationen von Bürger:innen in Deutschland hatten sich an Frieden in und um Europa gewöhnt. Größere kriegerische Auseinandersetzungen kannten sie nur aus den Medien. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine und dem immer noch anhaltenden Konflikt kehrt ein Krieg zurück an die Außengrenze Europas – mit Folgen wie Flüchtlingsströme und Aufrüstung, die die deutsche Gesellschaft direkt wahrnimmt.

Im Zuge dieser Entwicklung blickt nun die Bevölkerung in Deutschland mit Sorgen auf die Zukunft. Nach Einschätzung eines Großteils der befragten Bürger:innen hat die Gefahr zugenommen, dass Deutschland aktiv in einen Krieg oder bewaffneten Konflikt hineingezogen wird (siehe Abbildung 19). Vier Fünftel geben an, dass diese Gefahr nun größer ist als vor einigen Jahren. Diese Einschätzung ist in allen Altersgruppen nahezu gleich ausgeprägt.

Die geäußerten Sorgen verdeutlichen, dass die Bevölkerung in Deutschland die veränderte geopolitische und sicherheitspolitische Lage wahrnimmt und sensibel darauf reagiert.

Allerdings sind es nicht nur bewaffnete Konflikte, die nach Ansicht der Bevölkerung zu einer Verschlechterung der Sicherheitslage führen. Zugleich sehen 86 Prozent der Befragten eine höhere Wahrscheinlichkeit in Zukunft für Cyberangriffe und Störungen der kritischen Infrastruktur wie Strom- und Wasserleitungen sowie des Kommunikationsnetzes (siehe Abbildung 20). Die Gefahr, dass Deutschland künftig von diesen Aspekten einer hybriden Kriegsführung betroffen sein wird, nimmt insofern in den Augen der Bürger:innen ebenfalls zu. Damit wird die potenzielle Bedrohung vielfältiger, wodurch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung noch einmal stärker beeinträchtigt wird, da die Gefahr diffuser wird.

Abbildung 19:

„Die Gefahr, dass Deutschland aktiv in einen Krieg oder bewaffneten Konflikt hineingezogen wird, hat in den vergangenen Jahren zugenommen.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“

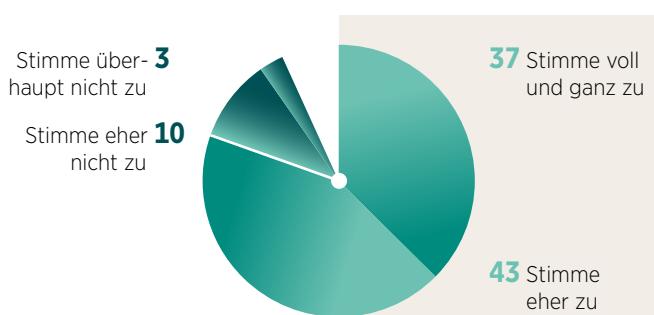
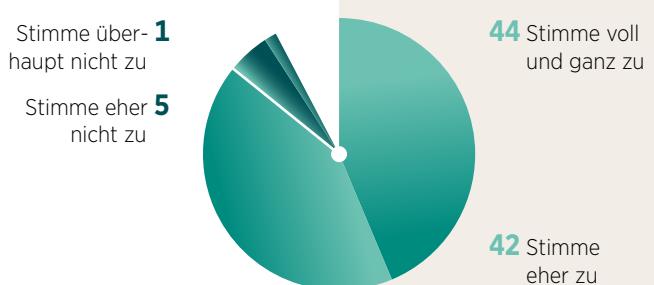


Abbildung 20:

„Cyberangriffe und Störungen kritischer Infrastrukturen (Strom, Wasser, Netze) werden in den kommenden Jahren zunehmen.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“

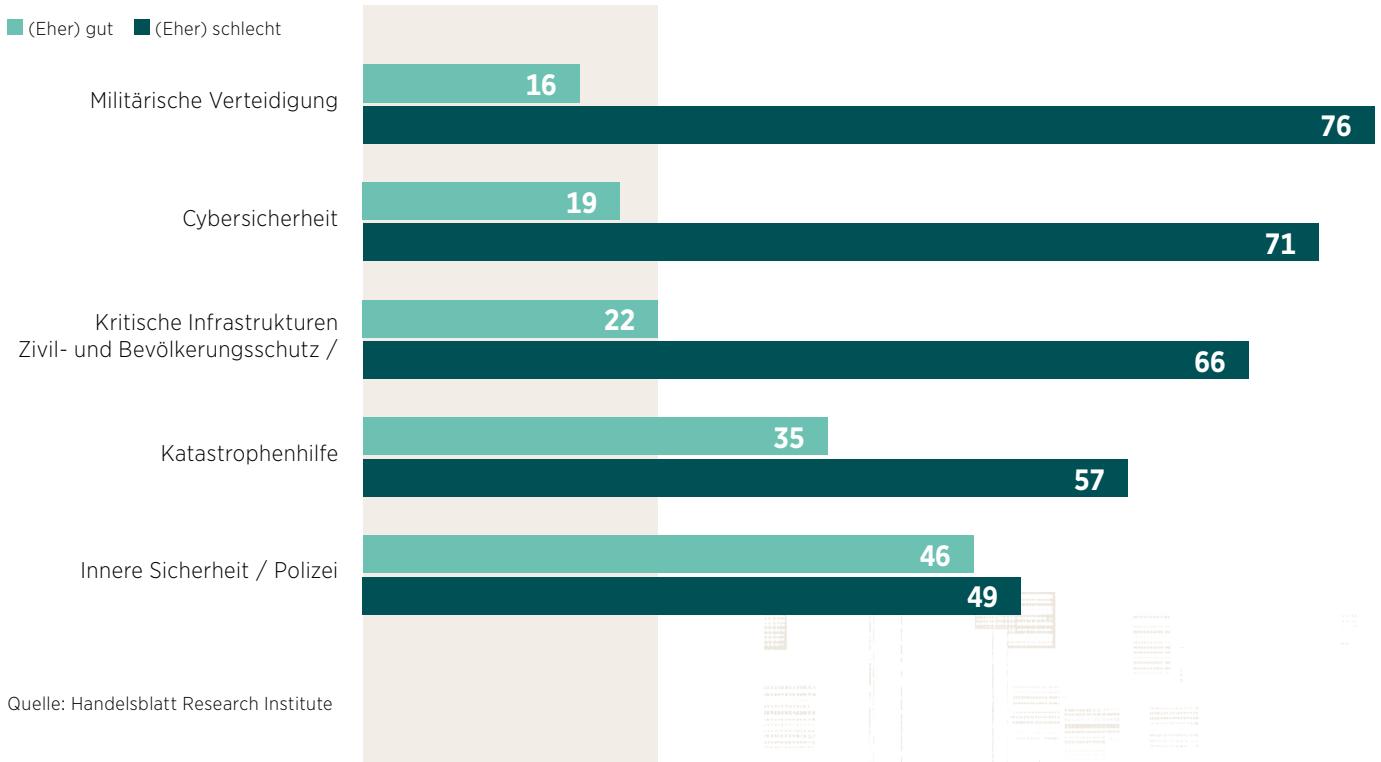


Quelle jeweils:
Handelsblatt Research Institute

Abbildung 21:

Wie gut ist Deutschland in den folgenden Bereichen aufgestellt?

Jeweils Anteil der befragten Personen in Prozent; Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“



Quelle: Handelsblatt Research Institute

Verbesserungsbedarf bei den Sicherheits- und Verteidigungsorganen

Wenn schon die Sicherheitslage künftig schlechter wird, ist es essenziell für das Sicherheitsgefühl der Bürger:innen in Deutschland, dass sie keinen Zweifel an der Verlässlichkeit der Sicherheits- und Verteidigungsorgane haben. Allerdings blickt die Bevölkerung äußerst pessimistisch auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Sicherheitsarchitektur (siehe Abbildung 21).

Die Leistungsfähigkeit von Aspekten wie militärische Verteidigung oder Abwehr von Cyberangriffen wird von der Mehrheit der Befragten kritisch gesehen. So beurteilen mehr als drei Viertel die militärische Verteidigungsfähigkeit als eher schlecht. Nur unwesentlich besser ist die Einschätzung bei der Cybersicherheit.

Etwas positiver ist der Blick auf die Bereiche Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie innere Sicherheit und Polizei. Ungefähr ein Drittel der Bürger:innen sieht Deutschland beim Zivil- und Bevölkerungsschutz eher gut aufgestellt, mit Blick auf die innere Sicherheit und Polizei sind es sogar 46 Prozent. Allerdings überwiegen auch hier immer noch die negativen Einschätzungen.

Insgesamt gibt es damit nach Ansicht der Bevölkerung noch deutlichen Verbesserungsbedarf bei den Sicherheits- und Verteidigungsorganen in Deutschland. Ein Bedarf, der angesichts zunehmender Risiken mehr als geboten ist.

Insgesamt gibt es nach Ansicht der Bevölkerung noch Verbesserungsbedarf bei den Sicherheits- und Verteidigungsorganen in Deutschland.

Größere Offenheit für Sicherheit & Verteidigung in der Gesellschaft

Die Stärkung von Sicherheit & Verteidigung macht große Anstrengungen des Staates erforderlich. Dazu gehören insbesondere höhere Ausgaben. Vor einigen Jahren wurden Themen wie Aufrüstung und Sicherheit & Verteidigung in der Bevölkerung noch kritisch gesehen. Zusätzliche Schulden zur Finanzierung der Aufrüstung hätten wohl zu Unverständnis bei vielen Bürger:innen geführt.

Mittlerweile genießt das Thema Sicherheit & Verteidigung allerdings ein höheres Ansehen in der Bevölkerung als noch vor fünf Jahren. Fast drei Viertel der Befragten sind dieser Ansicht (siehe Abb. 22). Dabei zeigt sich sowohl bei Männern als auch bei den älteren Generationen eine etwas größere Aufgeschlossenheit.

Insofern dürften Aspekte rund um diesen Bereich wie staatliche Maßnahmen zur Verbesserung positiver in der Bevölkerung aufgenommen werden. Ein höheres gesellschaftliches Ansehen ist jedoch noch aus anderen Gründen wichtig. Denn damit dürfte auch die Wahrscheinlichkeit größer sein, dass sich die Bürger:innen selber in dem Themenbereich engagieren.

Ein Beispiel dafür ist die Bereitschaft, bei Unternehmen in diesem Bereich zu arbeiten. Gerade um die Attraktivität von Rüstungsunternehmen war es in der Vergangenheit nicht immer gut bestellt. Dies ist mittlerweile ebenfalls anders.

Mehr als drei Fünftel der Bürger:innen sind der Meinung, dass die Arbeitgeberattraktivität von Unternehmen aus dem Bereich Sicherheit & Verteidigung zugenommen hat (siehe Abbildung 23). Dies hilft den Unternehmen beim Aufbau ihrer Kapazitäten, um dem größeren Auftragsbestand zu begegnen. Abseits etwaiger Schwierigkeiten bei der Personalsuche im Zuge eines Fachkräftemangels werden die Unternehmen nicht mit der weiteren Herausforderung konfrontiert, dass potenzielle Arbeitskräfte sie meiden.

Zusätzliches Personal benötigt ebenfalls die Bundeswehr, da eine deutliche Aufstockung der Truppenstärke geplant ist. Ob dies jedoch ohne größere Schwierigkeiten funktioniert, ist mehr als fraglich. Denn damit sich Bürger:innen für den Militärdienst entscheiden, muss das Image der Bundeswehr passen. Hier zeigen sich jedoch noch Vorbehalte. Nur knapp zwei Fünftel der Befragten meinen, dass das gesellschaftliche Ansehen der Bundeswehr sehr gut ist (siehe Abbildung 24). Die Mehrheit teilt diese Einschätzung nicht, was die Bereitschaft zum Dienst dämpfen dürfte.

Abbildung 22:

„Genießt das Thema Sicherheit & Verteidigung heutzutage ein höheres Ansehen in der Gesellschaft als noch vor fünf Jahren?“

Anteil der befragten Personen in Prozent,
Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“

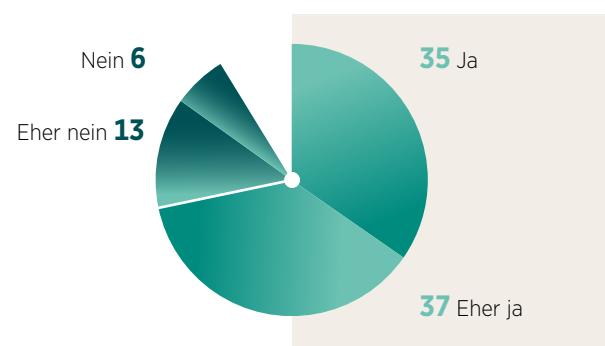


Abbildung 23:

„In jüngster Zeit sind Unternehmen aus dem Bereich Sicherheit & Verteidigung als Arbeitgeber attraktiver geworden.“

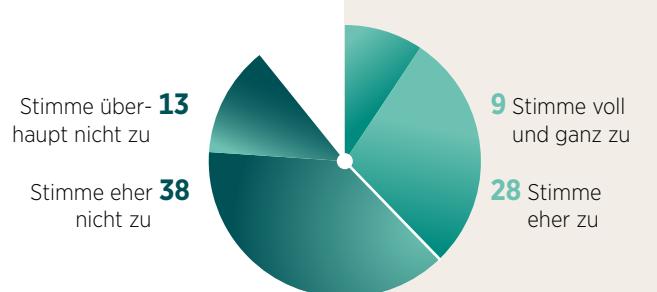
Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“



Abbildung 24:

„Das gesellschaftliche Ansehen der Bundeswehr ist sehr gut.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht/keine Angabe“



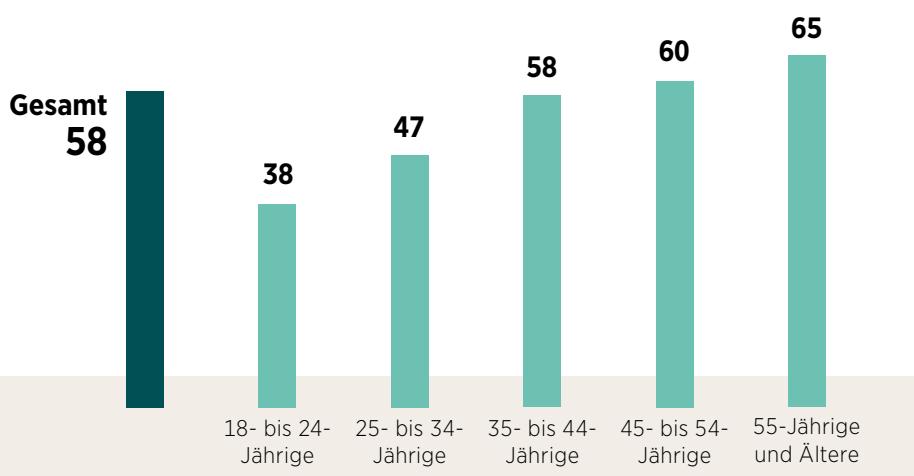
Quelle jeweils:
Handelsblatt Research Institute

Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit & Verteidigung

Die aktuellen Herausforderungen und der Status quo machen eine Stärkung der Sicherheit & Verteidigung unumgänglich. Zu diesem Thema haben die Bürger:innen einige Vorstellungen davon, worauf es dabei ankommt.

Abbildung 25:
Macht das gegenwärtige geopolitische Umfeld eine Wiedereinführung des verpflichtenden Wehrdienstes erforderlich?

Anteil der befragten Personen, die „Eher ja“ oder „Ja“ antworteten, in Prozent



Quelle: Handelsblatt Research Institute

Dazu gehört beispielsweise der personelle Aufbau der Bundeswehr. Möglicherweise im Bewusstsein darüber, dass deren Attraktivität als Arbeitgeber noch sehr ausbaufähig ist, sieht die Mehrheit der Befragten im gegenwärtigen geopolitischen Umfeld eine Wiedereinführung des verpflichtenden Wehrdienstes als erforderlich an (siehe Abbildung 25). Zu beachten ist hierbei jedoch, dass dies in erster Linie die älteren Generationen sind, die selbst als junge Erwachsene einen verpflichtenden Wehrdienst geleistet haben. In den Jahrgängen, die von einer solchen Wehrpflicht betroffen wären, gibt es keine mehrheitliche Akzeptanz. Dies dürfte bedeuten, dass viele Betroffene in dem Fall den Wehrdienst verweigern, sodass der Effekt der Wiedereinführung auf die Truppenstärke geringer ausfallen wird.

Neben dem Personal spielt die staatliche Finanzierung eine wichtige Rolle. Diese wurde in jüngster Zeit beträchtlich gesteigert (siehe Kapitel „Staatliche Finanzierung – neue Spielräume und Ziele“). Relevant ist in diesem Zusammenhang auch der Beschluss, den die NATO-Mitgliedsstaaten auf ihrem Gipfel im Juni 2025 gefasst haben. Sie verständigten sich auf eine Erhöhung ihrer Verteidigungsausgaben – in Relation zum BIP – auf 3,5 Prozent plus 1,5 Prozent für weitere Verteidigungsrelevante Ausgaben. Zuvor belief sich der Zielwert auf zwei Prozent.

Abbildung 26:

Was wird bezüglich der staatlichen Ausgaben im Bereich Sicherheit & Verteidigung befürwortet?

Anteil der befragten Personen in Prozent; Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“

Deutschland sollte **nicht** versuchen, das neue NATO-Ziel zu erreichen sowie ebenfalls **nicht** den bisherigen Zielwert von zwei Prozent übertreffen.

15

Deutschland sollte **nicht** versuchen, das neue NATO-Ziel zu erreichen, aber **mindestens** den bisherigen Zielwert von zwei Prozent übertreffen.

11

Deutschland sollte seine Ausgaben auf das neue Ziel hin **anpassen**.

30

Deutschland sollte **mehr** als den neuen Zielwert für Sicherheit und Verteidigung ausgeben.

7

Unabhängig von einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt sollte Deutschland **so viel** ausgeben, dass der Bereich Sicherheit & Verteidigung für die künftigen Anforderungen gerüstet ist.

24

Quelle: Handelsblatt Research Institute

Die Gesellschaft sieht mehrheitlich den größeren Finanzierungsbedarf. Nur ungefähr ein Viertel der Befragten spricht sich dafür aus, dass Deutschland nicht versuchen sollte, den neuen NATO-Zielwert zu erreichen (siehe Abbildung 26). Vielmehr ist fast ein Drittel der Meinung, dass die Ausgaben auf das neue Ziel hin angepasst werden sollten. Sieben Prozent sprechen sich sogar dafür aus, dass Deutschland seine Verteidigungsausgaben noch über das Ziel hinaus steigern sollte.

Mitunter wird die Verknüpfung von Verteidigungsausgaben jedoch auch kritisch gesehen, weil die Ausgabenhöhe sich eher nach dem Bedarf und der Sicherheitslage richten sollte anstatt nach der gesamtwirtschaftlichen Leistung. Dieser Idee folgend befürwortet ungefähr ein Viertel der Befragten, dass Deutschland einfach so viel ausgeben sollte, dass der Bereich Sicherheit & Verteidigung für die künftigen Anforderungen gerüstet ist.

Abbildung 27:

„Sollte das Thema Zivil- und Bevölkerungsschutz von der Politik noch stärker als aktuell in den Mittelpunkt gestellt und finanziell gefördert werden?“

Anteil der befragten Personen in Prozent,

Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“

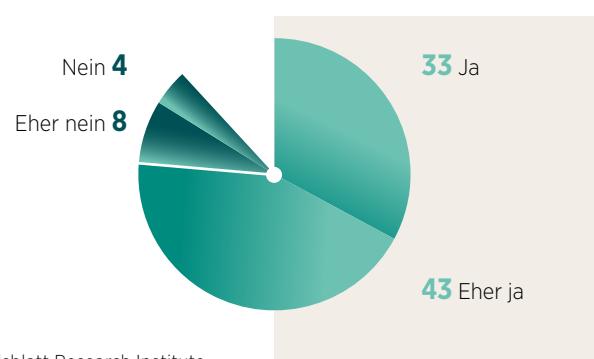
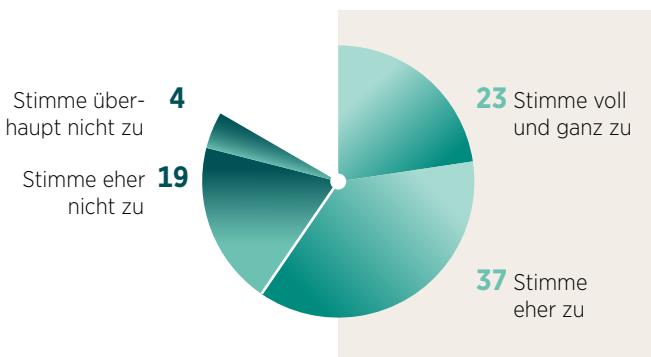


Abbildung 28:

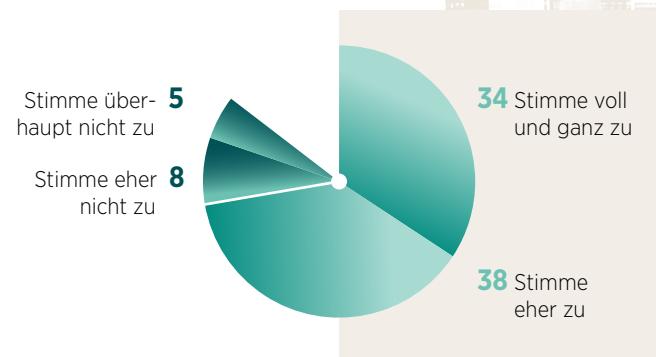
„Im Bereich Sicherheit & Verteidigung sollte Deutschland aus industriepolitischen Gründen in erster Linie mit deutschen Anbietern zusammenarbeiten – auch wenn andere Anbieter Lösungen schneller, besser oder preiswerter anbieten.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“

**Abbildung 29:**

„Bei der Beschaffung von Rüstungsgütern hat eine Zusammenarbeit mit europäischen Anbietern Priorität.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“

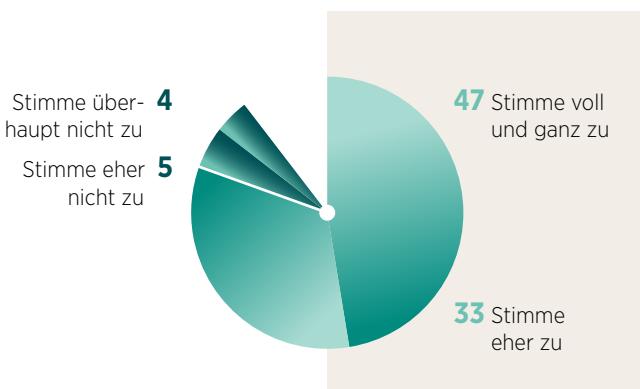


Fast 80 Prozent der Befragten sehen eine gemeinsame EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik als entscheidend für Deutschlands Verteidigungsfähigkeit.

Abbildung 30:

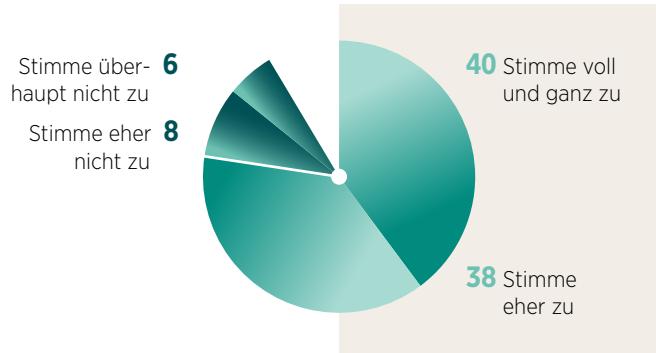
„Bei der militärischen Verteidigung muss die Abstimmung innerhalb der EU verbessert werden.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“

**Abbildung 31:**

„Für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ist eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU maßgeblich.“

Zustimmung zur Aussage; Anteil der befragten Personen in Prozent, Differenz zu 100 Prozent: „Weiß nicht / keine Angabe“



Sicherheit bedeutet mehr als militärische Verteidigung

Für die Bürger:innen ist bei dem staatlichen Engagement allerdings wichtig, dass sich dies nicht nur auf die militärische Sicherheit & Verteidigung erstrecken sollte. Wie bereits in dem gesetzlichen Rahmen zur Anpassung der Schuldenbremse in Bezug auf Ausgaben für diesen Bereich betont wird, umfasst Sicherheit & Verteidigung mehr als nur den militärischen Aspekt. Dazu gehört beispielsweise ebenfalls der Zivil- und Bevölkerungsschutz, der nach Meinung von 57 Prozent der Befragten in Deutschland eher schlecht aufgestellt ist ([siehe Abbildung 21](#)). Sicherlich auch aus diesem Grund sprechen sich ungefähr drei Viertel der Bürger:innen dafür aus, dass die Politik den Zivil- und Bevölkerungsschutz noch stärker als bisher in den Mittelpunkt stellen und finanziell fördern sollte ([siehe Abbildung 27](#)). Die erforderlichen Haushaltsmittel stehen dafür in jedem Fall bereit. Und Haushaltsschlüsse aus dem November 2025 zugunsten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk sind ein Indiz dafür, dass die Politik diesem Wunsch bereits etwas nachkommt.

Bürger:innen sehen militärische Verteidigung nicht als rein nationale Aufgabe

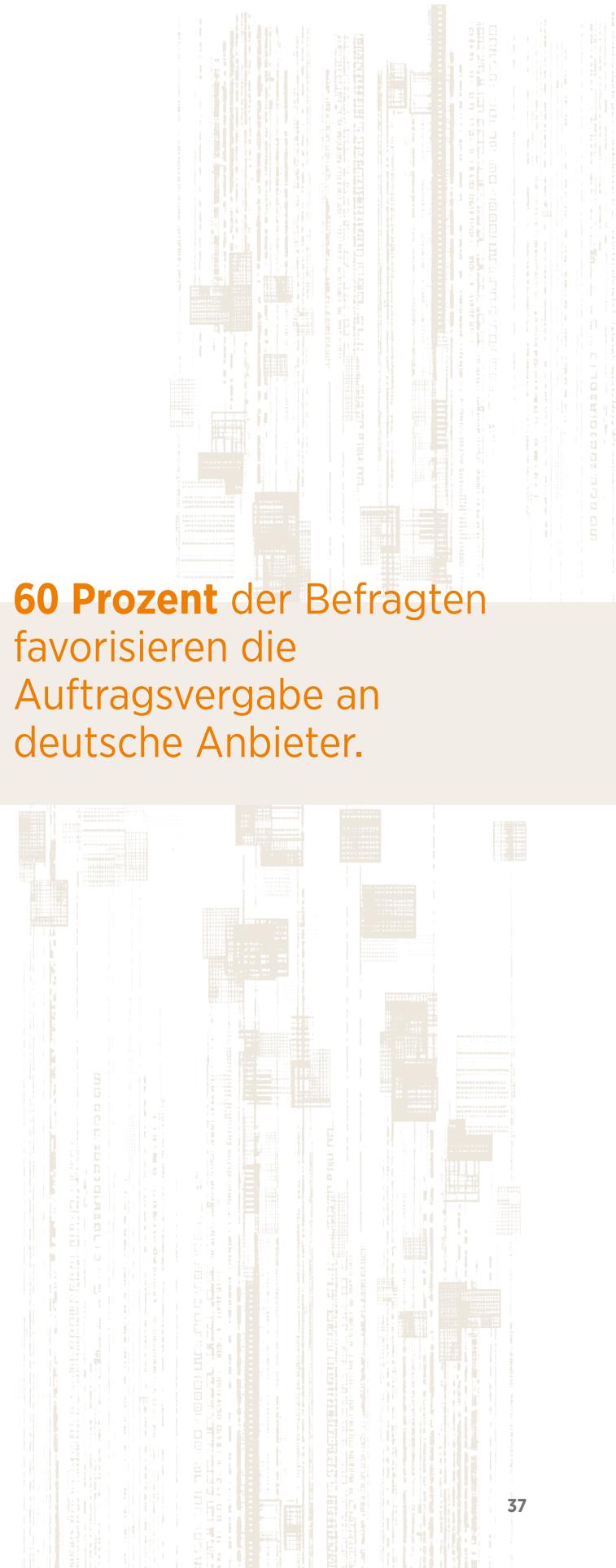
Die Bevölkerung hat allerdings nicht nur eine Vorstellung davon, wofür die vorhandenen Finanzmittel unter anderem ausgegeben werden sollten, sondern auch, welche Kriterien bei der Anbieterauswahl wichtig sind. Drei Fünftel der Befragten sprechen sich dafür aus, dass bei der Auftragsvergabe im Bereich Sicherheit & Verteidigung industriepolitische Erwägungen eine große Rolle spielen sollten ([siehe Abbildung 28](#)). Der Fokus sollte auf deutschen Anbietern liegen – auch wenn andere Anbieter Lösungen schneller, besser oder preiswerter zur Verfügung stellen würden.

Die Entscheidung, ob Ausgaben im Bereich Sicherheit & Verteidigung mit der Unterstützung der heimischen Wirtschaft auch eine industriepolitische Aufgabe erfüllen sollten, ist am Ende eine Abwägung verschiedener Aspekte, die im Verantwortungsbereich der Politik liegt. Die Bürger:innen haben aber zumindest eine Präferenz.

Allerdings ist diese nicht ganz eindeutig. Denn konkret für den Rüstungsbereich gefragt, geben 72 Prozent der Bürger:innen an, dass eine Zusammenarbeit mit europäischen Anbietern Priorität haben sollte ([siehe Abbildung 29](#)). Und dieser Wunsch nach einem europäischen Fokus erstreckt sich auf weitere Facetten von Sicherheit & Verteidigung.

Nach Einschätzung der Befragten darf gerade militärische Verteidigung nicht allein national gedacht werden – insbesondere in der EU. Zwischen den Mitgliedsstaaten ist eine Abstimmung erforderlich, die jedoch für vier Fünftel noch Verbesserungsbedarf bietet ([siehe Abbildung 30](#)).

Eine solche Abstimmung ist sehr wichtig. Denn nach Ansicht von fast 80 Prozent der Bürger:innen ist eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU maßgeblich für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ([siehe Abbildung 31](#)).



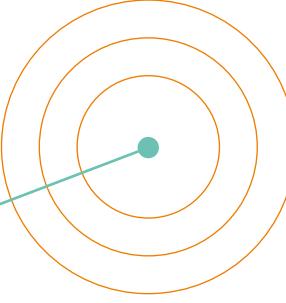
Investitionen in Sicherheit & Verteidigung – kein Wachstumsboost, aber ökonomisch relevant



Kapitel 5

Heterogenes Bild bei der ökonomischen Bedeutung

Die staatlichen Investitionen und Ausgaben im Bereich Sicherheit & Verteidigung umfassen mittelfristig mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr. Eine fiskalpolitische Maßnahme dieses Ausmaßes hat auch eine ökonomische Dimension. Deshalb ist der gesamtwirtschaftliche Effekt von Interesse.

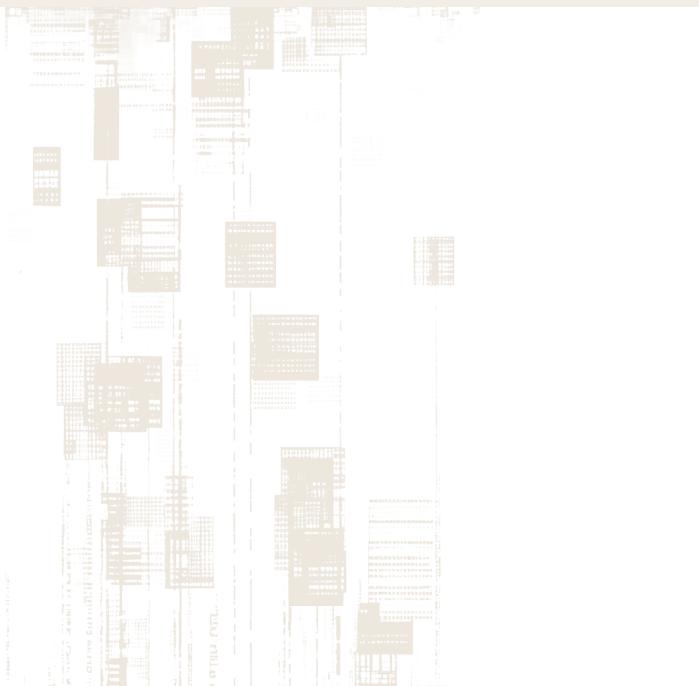


Natürlich stehen bei diesen Investitionen in erster Linie die geopolitischen und sicherheitspolitischen Motive im Vordergrund. Die Stärkung des Bereichs Sicherheit & Verteidigung erfolgt nicht mit dem Ziel, mit jedem eingesetzten Euro das ökonomisch maximal Mögliche zu erreichen. Nichtsdestotrotz ist es neben der Erreichung der geopolitischen und sicherheitspolitischen Ziele wünschenswert, die Finanzmittel ebenfalls möglichst produktiv einzusetzen – wenn möglich im Inland.

Aufschluss über die gesamtwirtschaftliche Wirkung staatlicher Ausgaben im Sicherheits- und Verteidigungsbereich können die sogenannten Fiskalmultiplikatoren geben. Diese liefern eine Schätzung, welche BIP-Steigerung ein zusätzlich investierter Euro erzeugt. Die Auseinandersetzung mit solchen Multiplikatoren erfolgt in der ökonomischen Forschung bereits seit Jahrzehnten.

Im Hinblick auf Rüstungsausgaben zeigt sich dabei allerdings ein sehr heterogenes Bild. Die Ergebnisse reichen von negativen Multiplikatoren, also einem BIP-Rückgang, über keine Effekte bis hin zu (leicht) positiven Effekten.

Eine kleinere Bandbreite weisen die jüngeren Ergebnisse für Deutschland auf. Beispielweise kommen Tom Krebs und Patrick Kaczmarczyk von der Universität Mannheim in einer Analyse vom Juni 2025 zu dem Ergebnis, dass der Multiplikator für deutsche Militärausgaben in der kurzen Frist ungefähr 0,5 beträgt – und dass es nicht ausgeschlossen ist, dass er auf null fällt. In einer ähnlichen Größenordnung liegt der von Christian Ochsner und Christopher Zuber vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Mai 2025 berechnete Wert. Ihnen zufolge beläuft sich der Multiplikator im ersten Jahr auf 0,4. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht von einem Multiplikator von knapp 0,7 aus. Ein zusätzlicher Euro für Verteidigung würde demnach im Schnitt nur 70 Cent an zusätzlicher Wirtschaftsleistung erzeugen.



Diese Ergebnisse deuten zwar auf einen positiven Wachstumseffekt hin. Einen regelrechten Wachstumsboost allerdings lösen Ausgaben im Bereich Sicherheit & Verteidigung demzufolge nicht aus – was ja auch nicht das eigentliche Ziel ist. Fest steht aber: Ein Euro für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur oder der Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen ermöglicht mehr Wachstum.

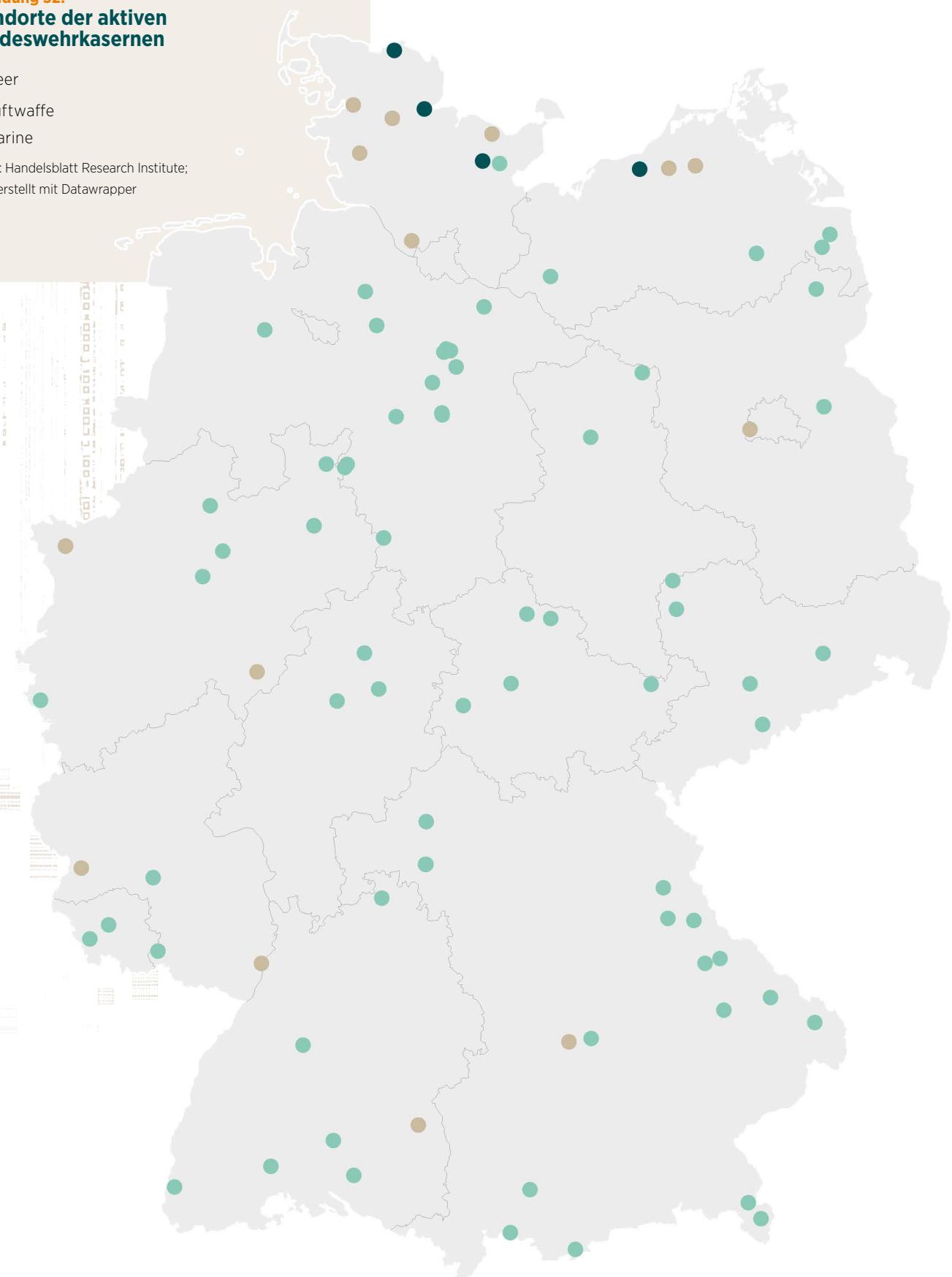
Abbildung 32:
Standorte der aktiven Bundeswehrkasernen

● Heer

● Luftwaffe

● Marine

Quelle: Handelsblatt Research Institute;
Karte erstellt mit Datawrapper



Was beim Wachstumseffekt eine Rolle spielt

Nichtsdestotrotz entfalten die Sicherheits- und Verteidigungsausgaben in Deutschland einen ökonomischen Effekt. Wie stark dieser ist, hängt von verschiedenen Aspekten ab. Dazu gehören der konjunkturelle Zeitpunkt der Ausgaben, der Importanteil sowie die Technologiefokussierung.

So sind Sicherheits- und Verteidigungsausgaben besonders dann wachstumsfördernd, wenn eine konjunkturelle Schwächephase vorliegt und freie Kapazitäten vorhanden sind. Falls die Unternehmen allerdings in einer konjunkturellen Hochphase bereits am Maximum produzieren, führen zusätzliche Investitionen gegebenenfalls nur zu Preissteigerungen, da sie die Nachfrage erhöhen, das Angebot aber nicht.

Einen größeren Teil der Sicherheits- und Verteidigungsgüter bezieht Deutschland aus dem Ausland. Je höher der Importanteil ist, desto geringer ist der Wachstumseffekt, da die Wertschöpfung im Ausland stattfindet.

Drittens kommt es auf den Technologiegrad der Güter an. Entscheidend für die ökonomische Bedeutung sind technologische Spill-over-Effekte. Diese liegen beispielsweise dann vor, wenn technologische Fortschritte aus dem Sicherheitsbereich auch für den zivilen Bereich von Vorteil sind. Denn viele Innovationen aus dem Sicherheitsbereich sind auch für die zivile Nutzung interessant. Drohnen beispielsweise können bei Lieferungen zum Einsatz kommen, und geografische Vermessungstools sind praktisch für die Logistik. Fortschritte bei der Cybersicherheit sind ebenfalls universell einsetzbar. Diese Spill-over-Effekte sind gerade bei Gütern und Dienstleistungen besonders hoch, die technologisch dominiert sind. Insofern spielt es in dieser Hinsicht eine Rolle, welcher Anteil der Rüstungsausgaben in traditionelle Güter wie Panzer und Munition fließt und wie viel für moderne Drohnen, Cybersicherheit und Weltraumaktivitäten ausgegeben wird. Hinzu kommt auch hier die Frage, ob heimische Anbieter zum Zuge kommen. Gerade die letzten beiden Punkte stellen damit Hebel dar, um die Wirkung der Sicherheits- und Verteidigungsausgaben auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum zu stärken, sprich den Multiplikator zu erhöhen.

Facetten der ökonomischen Effekte

Grundsätzlich zeigen sich die ökonomischen Effekte in unterschiedlichen Bereichen. Dies fängt bei den direkten Herstellern und Anbietern der Güter und Dienstleistungen im Sicherheits- und Verteidigungsbereich an. Bestellungen bei inländischen Unternehmen führen dort zu einer Bruttowertschöpfung, die wiederum das BIP erhöht. Gleches gilt für die gesamten Aktivitäten auf der vorgelagerten Wertschöpfungskette. Dazu gehören insbesondere Unternehmen aus den Bereichen Metallerzeugung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Elektronik sowie unternehmensbezogene Dienstleistungen.

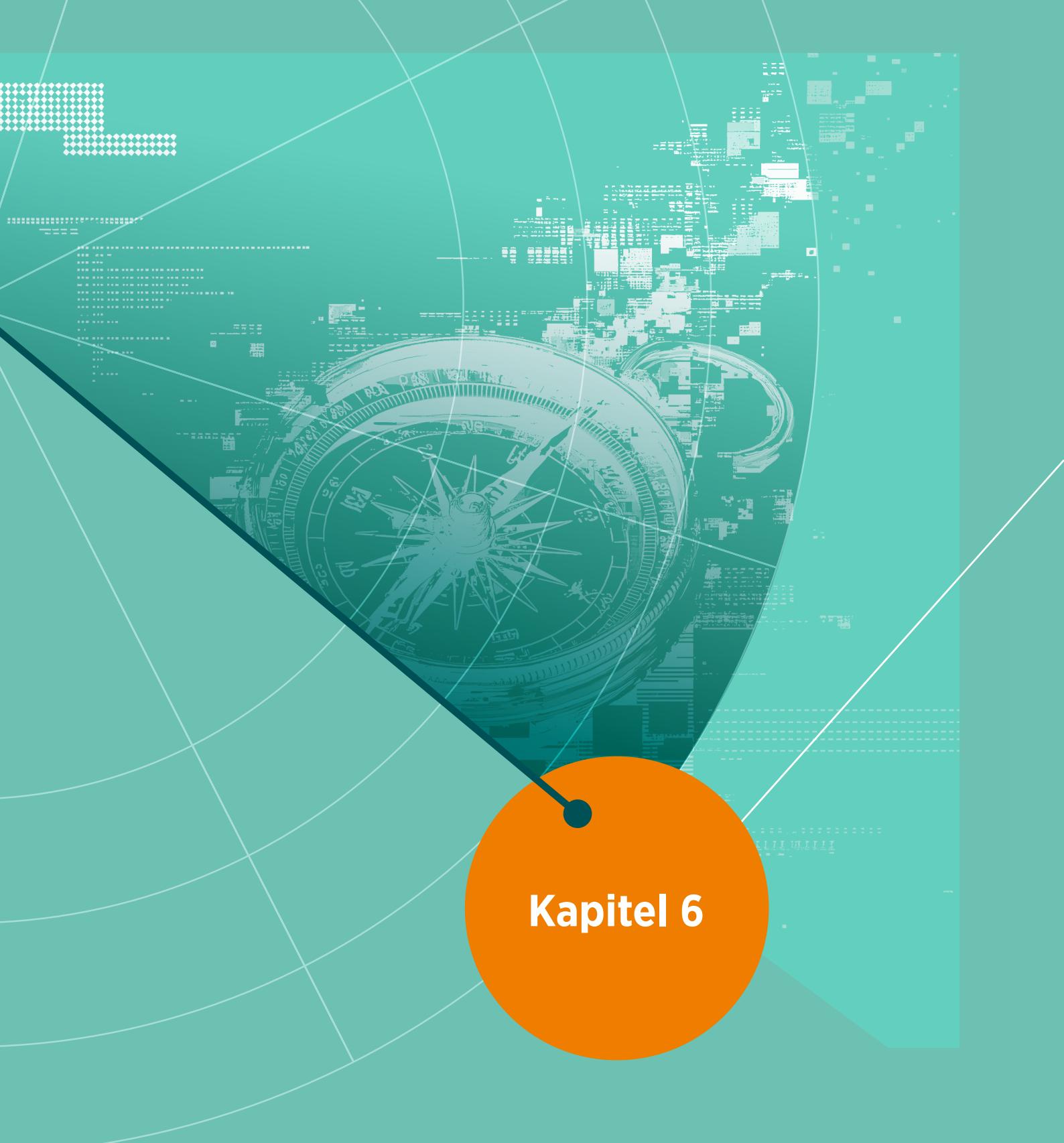
Dazu kommen die induzierten Effekte – also Zweitrundeneffekte – durch die eigentliche unternehmerische Tätigkeit sowie durch die Beschäftigten an den jeweiligen Standorten, wobei es hierbei in erster Linie um die Konsumaktivitäten geht. Auch diese führen zu einer weiteren Bruttowertschöpfung in den relevanten Bereichen. Der Beschäftigungsaufbau verstärkt diesen Effekt dabei weiter. Da die Gehälter im Sicherheits- und Verteidigungsbereich höher sind als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, sind die Konsumeffekte obendrein stärker als beim Beschäftigungsaufbau in anderen Branchen.

Regionalökonomische Bedeutung

All diese Effekte haben darüber hinaus eine regionalökonomische Dimension. So finden insbesondere die Konsumaktivitäten in den Regionen der jeweiligen Standorte statt. Die Karte der Produktionsstandorte der Unternehmen des Sicherheits- und Verteidigungsbereichs ([siehe Abbildung 13](#)) zeigt, dass diese in erster Linie in den westdeutschen Bundesländern liegen. Die steigenden Ausgaben im Sicherheits- und Verteidigungsbereich führen damit nicht zu größeren konjunkturellen Effekten in Ostdeutschland, das damit weniger von den zusätzlichen Finanzmitteln profitiert.

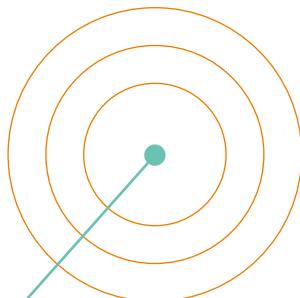
Ökonomisch relevant ist darüber hinaus noch die Entwicklung in einem anderen Bereich der Verteidigung. So ist geplant, die Truppenstärke der Bundeswehr zu erhöhen. Zuerst findet dieser Aufbau an den bestehenden Bundeswehrstandorten statt. Die Karte ([siehe Abbildung 32](#)) verdeutlicht, dass die Kasernen über Deutschland verteilt sind und es ebenfalls in Ostdeutschland Standorte gibt. Der Personalaufwuchs dort erhöht wiederum die Konsumaktivität. Gerade für diese Orte ist dies positiv, da diese zu einem besonders hohen Grad von dem Bundeswehrstützpunkt vor Ort abhängig sind. In der Vergangenheit hatte sich dies im Zuge der Kürzungen bei der Bundeswehr oft negativ ausgewirkt. Nun kann der Aufbau wieder zu einer wirtschaftlichen Belebung führen. Das heißt, es ist hier mit regional fokussierten Wachstumsimpulsen zu rechnen.

Die Sicherheits- und Verteidigungsausgaben in Deutschland entfalten einen **ökonomischen Effekt. Dieser ist abhängig von verschiedenen Aspekten.**



Kapitel 6

**Handlungsoptionen –
gute Ansätze, dennoch
besteht Verbesserungsbedarf**



Ziel der unterschiedlichen Maßnahmen im Bereich Sicherheit & Verteidigung muss es sein, Deutschland für die aktuellen und künftigen Anforderungen zu rüsten. Grundsätzlich kann dazu attestiert werden, dass bereits einiges unternommen wird, um diesem Ziel nachzukommen. Die finanzielle Basis für Ausgaben und Investitionen wurde vergrößert, und es existieren Schritte zur Stärkung der Souveränität. Nichtsdestotrotz gibt es noch Verbesserungspotenzial, um die Zielerreichung zu verbessern, die Souveränität weiter zu stärken und zudem auch die ökonomischen Effekte zu vergrößern.

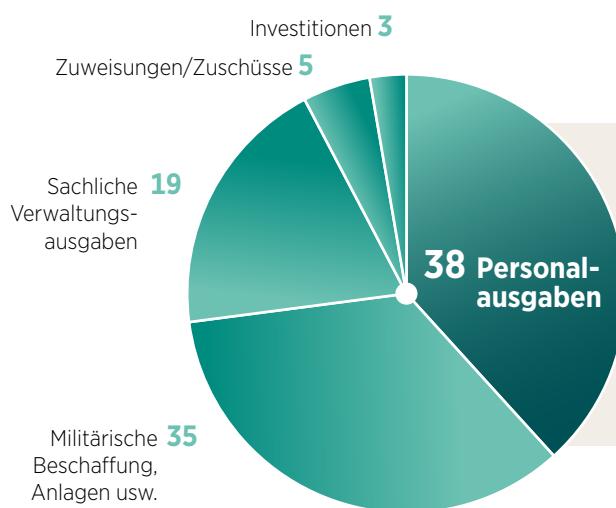
Finanzielle Basis

Die derzeitigen und künftig geplanten Sicherheits- und Verteidigungsausgaben sind deutlich höher als in den Jahren zuvor. Vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen ist dies eine positive Entwicklung, die weiter voranschreiten sollte. Deutschland darf sich aber aus mehreren Gründen nicht auf dem Erreichten ausruhen, sondern sollte die Ausgabenhöhe stetig überprüfen und bei Bedarf weiter erhöhen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass es nicht allein auf die geplante Ausgabenhöhe ankommt, sondern auf die tatsächlich verwendete. Eine große Rolle spielt dabei der Vergabeprozess bei den Aufträgen. In der Vergangenheit wurde hierbei immer die fehlende Geschwindigkeit kritisiert, wegen der die zur Verfügung stehenden Mittel nur mit großer Verzögerung wirklich ausgegeben werden konnten. Darauf hatte die Bundesregierung bereits reagiert – mit Anpassungen im zuständigen Bundesamt sowie mit dem jüngsten Gesetzentwurf zur beschleunigten Planung und Beschaffung für die Bundeswehr. Dies allerdings kann nur ein erster Schritt sein, um bisherige Mängel auszubessern. Künftig sollte die Geschwindigkeit noch weiter gesteigert werden, da moderne Technologien im Bereich Sicherheit & Verteidigung eine immer größere Rolle spielen und sich diese obendrein sehr schnell weiterentwickeln. Es kann sein, dass Lösungen bereits überholt sind, wenn ein Beschaffungsprozess in der jetzigen Geschwindigkeit abgeschlossen wird. Dazu könnte Deutschland eine digitale Beschaffungs- und Innovationsplattform nach dem Vorbild der Plattform DOT-Chain Defence in der Ukraine prüfen. Sie ist eine Art moderner Marktplatz für Drohnen und andere Waffen aus der Massenproduktion, der je nach Bedürfnissen des Militärs ständig weiterentwickelt werden kann und die schnelle Bestellung und Lieferung innerhalb von zwei Wochen ohne überflüssige Bürokratie ermöglicht.

Abbildung 33:
Ausgabenstruktur des Verteidigungsetats 2025 –
größter Posten Personal

in Prozent



Quelle: Bundesrechnungshof

Der Etat wird nicht nur für die Beschaffung von Waffen gebraucht, insbesondere Forschung muss auch finanziert werden

Bei der Beurteilung der Etathöhe muss außerdem die Ausgabenstruktur betrachtet werden. Denn nach einer Übersicht des Bundesrechnungshofs für das Jahr 2025 fließt aus dem Verteidigungsetat lediglich ein gutes Drittel der Mittel (35 Prozent) tatsächlich in die militärische Beschaffung (siehe Abbildung 33). Der größte Posten, mit 38 Prozent, sind die Personalausgaben. Die Verwaltungskosten belaufen sich auf einen Anteil von 19 Prozent. Angesichts des geplanten Truppenaufbaus werden die Personalkosten demnächst noch stärker zunehmen. Insofern ist eine weitere Erhöhung des Etats erforderlich, wenn zumindest das Drittel für Rüstung Bestand haben soll.

Mehr Kapital ist künftig aber nicht nur für die Beschaffung erforderlich, sondern ebenso für die Forschung. Relevant ist hierbei auch die Unterstützung von Start-ups, die künftig eine größere Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit & Verteidigung spielen werden. Gerade in der Wachstumsphase fehlt es Start-ups in Deutschland häufig am notwendigen Kapital. Spezielle Skalierungsfonds für den Sicherheits- und Verteidigungsbereich können hier Unterstützung bieten. Dabei ist zu beachten, dass es um längere Zeithorizonte geht. Bis ein Start-up beispielsweise aus der Raumfahrt ein marktfähiges Produkt hat, vergehen meist mehr als zehn Jahre. Hilfreich sind in diesem Zusammenhang natürlich alle Maßnahmen, die die Entwicklung von Start-ups in Deutschland unterstützen.

Die Forschung im Bereich Sicherheit & Verteidigung sollte ohnehin grundsätzlich gestärkt werden. Hierzu gilt es zu prüfen, inwiefern es eine Anpassung der Zivilklauseln bei vielen Hochschulen geben kann – im Einklang mit der Freiheit von Forschung und Lehre. Zugleich braucht es mehr Transfer in die Anwendung. Deutschland ist in der Forschung leistungsfähig, bleibt aber bei Ausgründungen, Skalierung und Zugang zu Wachstumskapital international zurück. Deshalb sollten Unternehmergeist, Gründungsförderung und Business Development gezielt – auch im universitären Bereich – gestärkt werden.

Der größte Posten der Verteidigungsausgaben sind die Personalkosten.

Souveränität – Hebel zur Stärkung

Ein wichtiger Aspekt für die Stärkung von Sicherheit & Verteidigung ist das Thema Souveränität, über das – etwa in Hinblick auf digitale Technologien oder Rohstoffe – in jüngster Zeit intensiv diskutiert wird. Deutschland weist bei einigen Facetten der Sicherheit & Verteidigung noch große Abhängigkeiten von insbesondere nicht europäischen Anbietern auf.

Zur Stärkung der eigenen Souveränität sollte Deutschland diese Abhängigkeiten möglichst minimieren. Erste Schritte dazu wurden bereits unternommen. Die getätigten Bestellungen sind so angelegt, dass die heimischen Unternehmen besser planen können, was ihnen wiederum dabei hilft, erforderliche Kapazitäten langfristig aufzubauen.

Diesen eingeschlagenen Weg gilt es weiter zu beschreiten und damit für die Industrie ein verlässlicher Partner zu sein. Ferner können heimische Anbieter weiter dadurch gefördert werden, dass – so weit es unter Sicherheitsaspekten vertretbar ist – bürokratische Anforderungen reduziert und Exportmöglichkeiten positiv begleitet werden. Außerdem erweist sich aktuell angesichts der Tatsache, dass viele Unternehmen Beschäftigte einstellen möchten, die notwendige Sicherheitsüberprüfung der Personen als „Flaschenhals“. Hier braucht es mehr Kapazitäten bei den Behörden.

Ein Konflikt besteht zweifelsohne zwischen dem Ziel, die nationale Souveränität zu stärken, und dem Ziel, die europäische Kooperation im Verteidigungsbereich zu intensivieren. Da beide Ansinnen von zentraler Bedeutung sind, müssen sie mit einem Kompromiss in Einklang gebracht werden. Der Ansatz der deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie, grundlegende Rüstungsgüter nach Möglichkeit im Inland zu produzieren und vorzuhalten, für High-Tech-Produkte aber auf die europäische Zusammenarbeit zu setzen, ist dabei sicherlich folgerichtig.

Die europäischen NATO-Staaten verfügen bereits heute über multinationale Konzerne, die an verschiedenen Standorten produzieren. Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsgüter erscheint es sinnvoll, diese Art der Zusammenarbeit weiter zu stärken – nicht zuletzt, um gemeinsame Standards zu schaffen und die Integration der Kommandostrukturen zu erleichtern. Positive Beispiele sind etwa die jüngst angekündigte Kooperation des deutschen Unternehmens Helsing und des norwegischen Rüstungskonzerns Kongsberg für Aufklärung und Zielerfassung aus dem Weltraum (mit Hensoldt und Isar Aerospace als Partnern) oder die multinationale Beschaffung und Nutzung des Airbus A330 MRTT im NATO-Programm MMF.

Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Wertschöpfung im Bereich Forschung und Fertigung gleichmäßig auf die beteiligten Staaten verteilt wird. Wenn es ferner gelingt, dass die europäischen Staaten künftig über kompatible Arsenale verfügen, kann dies nur von Vorteil sein. Schließlich erhöht dies die gemeinsame Schlagkraft.

Zeitenwende in Sicherheit & Verteidigung: Deutschland vor neuen Herausforderungen – weiteres Engagement erforderlich

Die Herausforderungen im Bereich Sicherheit & Verteidigung, denen Deutschland gegenübersteht, sind in jüngster Zeit gewachsen. Künftig müssen neue Anforderungen erfüllt werden. Zwar hat Deutschland im Rahmen der Zeitenwende bereits erste Weichen gestellt, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung. Allerdings sind noch weitere Maßnahmen erforderlich. Für die Zeitenwende bedarf es eines verstärkten Engagements.

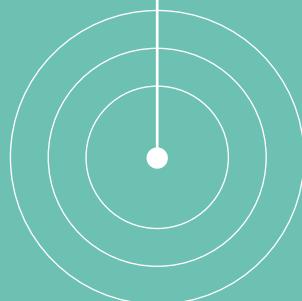
Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Souveränität. Bislang ist Deutschland bei Sicherheit & Verteidigung vielfach noch auf Importe aus dem nicht europäischen Ausland angewiesen. Dies wird auch vorerst so bleiben, da sich zwar die heimische Angebots-situation verbessert, dies aber zu lange dauert, um den akuten Bedarf zu decken.

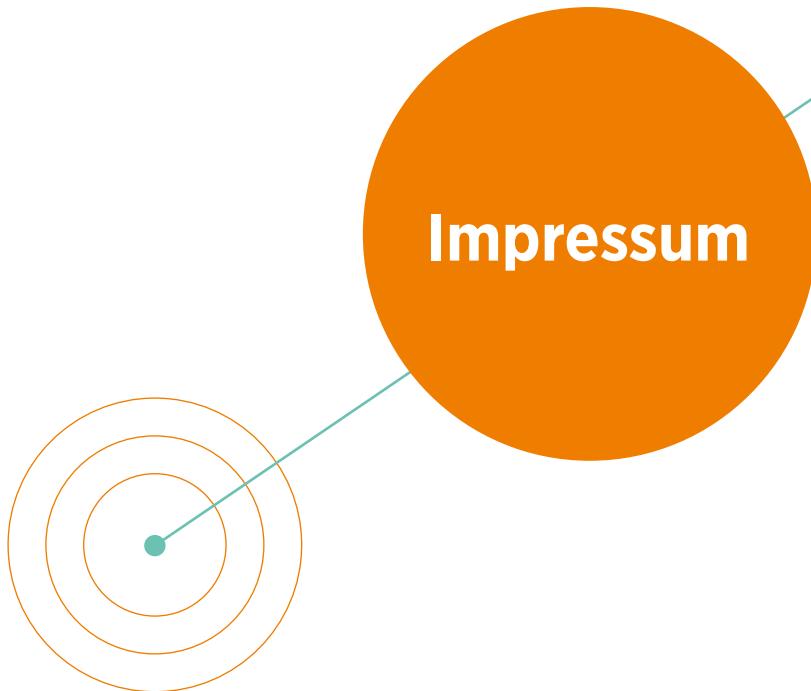
Bei der Bevölkerung dürfte eine Vielzahl der Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit & Verteidigung auf Zustimmung treffen. Es gibt eine große Sorge vor bewaffneten Konflikten, in die Deutschland hineingezogen werden könnte. Angesichts des aus Sicht der Bürger:innen schlechten Zustands im Bereich der militärischen Verteidigung ist eine Stärkung mehr als erforderlich. Gleichzeitig zeigt sich eine Mehrheit offen für höhere Ausgaben sowie eine Wiedereinführung des verpflichtenden Wehrdiensts.

Auch einst unpopuläre Maßnahmen sind also nun wieder möglich. In jedem Fall gehen von den verstärkten Ausgaben und Investitionen ökonomische Effekte aus, einen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsboost lösen sie aber nicht aus. In regionalökonomischer Sicht profitieren besonders die Regionen, in denen Produktionsstätten der Rüstungsindustrie oder Bundeswehrstandorte liegen, von dem Zuwachs an wirtschaftlicher Aktivität. Bei den Unternehmensstandorten betrifft dies allerdings nahezu ausschließlich Westdeutschland.

Der ökonomische Effekt steht aber auch nicht im Vordergrund. Die Maßnahmen zielen in erster Linie auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands im Bereich Sicherheit & Verteidigung. Um dies aus wirtschaftlicher Sicht zu ermöglichen, wurden erste Schritte unternommen, die allerdings nur einen Anfang darstellen. Der eingeschlagene Weg muss engagiert weiter beschritten werden.

Fazit





Handelsblatt **RESEARCH** INSTITUTE

Das **Handelsblatt Research Institute (HRI)** ist ein unabhängiges Forschungsinstitut unter dem Dach der Handelsblatt Media Group. Es erstellt wissenschaftliche Studien im Auftrag von Kunden wie Unternehmen, Finanzinvestoren, Verbänden, Stiftungen und staatlichen Stellen. Dabei verbindet es die wissenschaftliche Kompetenz des 20-köpfigen Teams aus Ökonom:innen, Sozial- und Naturwissenschaftler:innen, Informationswissenschaftler:innen sowie Historiker:innen mit journalistischer Kompetenz in der Aufbereitung der Ergebnisse. Es arbeitet mit einem Netzwerk von Partner:innen und Spezialist:innen zusammen. Daneben bietet das Handelsblatt Research Institute Desk-Research, Wettbewerbsanalysen und Marktforschung an.

Konzept, Analyse und Gestaltung

Handelsblatt GmbH
Handelsblatt Research Institute
Toulouser Allee 27, 40211 Düsseldorf
+49 (0)211/887-1100
www.handelsblatt-research.com

Autor:innen: Julia Ehlert-Hoshmand, Dr. Sven Jung, Dr. Hans Christian Müller, Axel Schrinner

Mitarbeit: Jakob Bonke

Layout: Kristine Reimann, Christina Wiesen

Bilder: Flaticon, Midjourney

(Die in dieser Studie verwendeten Abbildungen wurden mithilfe künstlicher Intelligenz (KI) generiert und dienen ausschließlich der Illustration. Etwaige sachliche Unstimmigkeiten sind unbeabsichtigt, jedoch nicht gänzlich auszuschließen.)

Stand: Dezember 2025

© 2026 Handelsblatt Research Institute

Gender im Text: Sofern das generische Maskulinum verwendet wird (insbesondere bei Komposita), dient dies allein der besseren Lesbarkeit; grundsätzlich sind alle Geschlechter einzubeziehen.

